

Elmar Altvater und Kurt Hübner Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht – Ein kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD

Zusammenfassung: Vierzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik sind die Karten zwischen den kapitalistischen Industrienationen neu gemischt, mit dem überraschenden Ergebnis, daß die Verlierer des Zweiten Weltkrieges – Japan und die BRD – zu den eindeutigen ökonomischen Gewinnern des langen Weltmarktaufschwunges nach 1945 zählen. Aus der Zigarettenwährung der ersten Nachkriegsphase entwickelte sich mit der Deutschen Mark die zweitwichtigste Anlagewährung der Weltwirtschaft. Entgegen der üblichen Vorstellung von einer zerstörten Ökonomie infolge der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches, waren die sozioökonomischen Bedingungen für einen ungestümen Aufschwung günstig. Dem westdeutschen Kapital gelang es auch in der Krise der Weltwirtschaft seit Mitte der 70er Jahre sich erfolgreich zu behaupten und zur »heimlichen Hegemonialmacht« in Europa aufzusteigen. Die politische Stabilität in der BRD blieb bewahrt – trotz der blamablen Kehrseite der Medaille: Massenarbeitslosigkeit, »Zwei-Drittel-Gesellschaft«, Ökologikrise.

Wenn man es nicht theoretisch bereits wüßte, am Beispiel der deutschen bzw. westdeutschen Wirtschaftsentwicklung könnte man es empirisch erforschen: daß die »ökonomische Basis« ganz verschiedene »politische Überbauten« aushält und den gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnissen eine frapierende Kontinuität und Stabilität zu verleihen vermag. 40 Jahre nach der Inauguration der »Deutschmark« läßt sich mindestens zweierlei sagen: *Erstens* haben die ökonomischen Produktions-, Reproduktions- und Machtstrukturen unangefochten verschiedene politische Formen der Regulation überdauert, und *zweitens* hat die herrschende Klasse die politischen Institutionen und deren Funktionen jeweils sehr elastisch an geänderte weltpolitische und weltwirtschaftliche Konstellationen anzupassen vermocht. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen sind im Verlauf dieser Prozesse jeweils »negativ«, d.h. ohne ihre machtpolitischen und reformistischen Optionen umsetzen, also ohne ihre »Hegemonie« etablieren zu können, integriert worden: sie haben dem erfolgreichen »Transformismus« des westdeutschen politischen Systems wenig entgegenzusetzen gehabt. Allerdings bedeutet dies keineswegs, daß die Lohnabhängigen und ihre gewerkschaftlichen Organisationen ebenso wie die Sozialdemokratische Partei nichts in diesen Prozeß hätten einbringen können. Ihr frühzeitiger Verzicht auf den Kampf um eine andere, nicht-kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurde in monetären Größen, eben in starker Deutschmark, nicht schlecht belohnt. Aus dem »Verlierer« des Zweiten Weltkrieges ist eine der reichsten Nationen der Welt geworden. Hohe Realeinkommen, über eine lange Phase sichere Arbeitsplätze

und im internationalen Vergleich gut abgesicherte sozialstaatliche Leistungssysteme sind die Ingredienzien eines Basiskonsens, der auch die Stürme der krisenhaften Umstrukturierungsprozesse seit den siebziger Jahren überdauert hat. Legt man die Stärke der nationalen Währung im internationalen Vergleich zugrunde, dann stehen fast 44 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Kriegsverlierer als ökonomische Sieger fest: Japan und die BRD.

Der Erfolg ist offensichtlich: Trotz des »Zusammenbruchs« 1945 – das westdeutsche Kapital geht aus der Nachkriegsära gestärkt hervor, und trotz der tiefsten und am längsten dauernden Rezession der kapitalistischen Weltwirtschaft seit Mitte der 70er Jahre – sogar unter linken Wissenschaftlern ist es durchaus umstritten, ob angesichts der ungebrochenen Massenloyalität überhaupt von Krise gesprochen werden sollte. Und last not least: Das Geld der westdeutschen Republik, die deutsche Mark, ist in den letzten vier Jahrzehnten zu einer der großen Weltwährungen aufgestiegen. Anders als in der gnomenhaften Schweiz, deren Franken durch die diskreten Offerten des Bankplatzes rund um den Genfer See und Zürcher Bahnhofstraße zur Weltwährung gepowert wird, hat die Stärke der DM eine Basis in der Wirkungsweise des ökonomischen Modells von Akkumulation und Regulation. Der ökonomische Erfolg der Republik läßt sich an der Karriere der DM ablesen. Seit der Währungsreform 1949 hat die Deutschmark zwar im Jahresdurchschnitt im Inland 2,7% an Wert verloren – im internationalen Vergleich ist diese Geldentwertungsquote aber konkurrenzlos niedrig. Selbst die Schweiz weist eine durchschnittlich höhere Inflationsrate auf. Noch eindrucksvoller ist die Entwicklung des Außenwertes der DM: Seit 1950 ist der gewogene Außenwert der D-Mark gegenüber den wichtigsten Währungen der kapitalistischen Welt um mehr als das 1,3fache gestiegen. Jeder Bundesbürger ist damit in die – statistische – Lage versetzt, die wichtigsten Währungen mit einem durchschnittlichen Abschlag von 60% im Vergleich zum Jahr 1950 zu erwerben. Angesichts dieser stolzen Zahlen nimmt es nicht Wunder, wenn die Journalisten der »Wirtschaftswoche« (10.6.1988) sich mit einem Zitat Joseph A. Schumpeters auf die Schultern klopfen: »Nichts sagt so deutlich, aus welchem Holz ein Volk geschnitzt ist, als das, was es währungspolitisch tut.«

In einer kapitalistischen Ordnung ist *Arbeit* in den beiden Formen als lebendige (die Anwendung der Ware Arbeitskraft) und als vergegenständlichte Arbeit (konstantes Kapital in der stofflichen Gestalt der Produktionsmittel) die Grundlage für das System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung; das *Geld* ist das Medium, mit dem sich überhaupt erst die Arbeitsteilung (Kauf und Verkauf von Waren) zu realisieren und – erfolgreich oder mißerfolgreich – zu regulieren vermag. Der *Markt* ist der Ort, auf dem der Austausch der Waren erfolgt, und die politische *Macht* (die nicht nur im Staat enthalten ist, sondern sich kapillar in den Orten von Produktion und Reproduktion diffundiert) organisiert und reguliert dieses System von gesellschaftlichen Verhältnissen. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ging es wesentlich darum, das gestörte System der Arbeitsteilung zu erneuern, den *Marktmechanismus* wieder herzustellen, eine neue *Geldordnung* zu schaffen und die *politische Macht* auf eine neue Grundlage zu stellen, nachdem das Nazireich besiegt und zerschlagen war.

Die Stunde Null, die keine war

Die ökonomische Entwicklungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist nur zu deuten, wenn man sie – entgegen der deutschen Tradition, in der politische Ökonomie immer noch als »Nationalökonomie« betrieben wird – im Kontext des kapitalistischen Weltsystems analysiert. Anders als nach dem ersten Weltkrieg wird ja am Ausgang des zweiten Weltkrieges unter der nicht mehr zu bestreitenden Hegemonie der USA ein Weltsystem errichtet, also der ökonomische Reproduktionsprozeß in allen seinen Formen und die politische Organisation von hegemonialer Macht internationalisiert. Nach der verhältnismäßig kurzen »Morgenthau-Phase« US-amerikanischer Deutschlandpolitik, in der das Nach-Nazideutschland als ökonomischer und politischer Faktor der Nachkriegs-Weltordnung ausgeschaltet werden sollte, fällt die Entscheidung für die Integration Westdeutschlands in die sich entwickelnde Arbeitsteilung der westlichen Welt. Weltpolitische Konstellationen und die US-amerikanische Strategie des atlantischen »grand-design« waren die Geburtshelfer dieser Westintegration. Die kapitalistische Restauration Westdeutschlands und die Integration in ein US-dominiertes kapitalistisches Hegemonialsystem schien das opportune Mittel, um dem Überschwappen sozialistischer Transformationsprozesse nach West- und Mitteleuropa Einhalt zu gebieten. Günstige Marktbedingungen zusammen mit einer bewußten Anpassungspolitik an den Weltmarkt sind die Grundlagen für den langen Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft und nicht etwa die Entscheidungen für die soziale Marktwirtschaft oder die besondere Tüchtigkeit und Arbeitswut der Deutschen, wie so manche Legende heute zu erzählen weiß. Die innerökonomischen und innenpolitischen Weichenstellungen wurden bereits kurz nach Kriegsende vorgenommen.

Nicht zufällig erfolgte die ökonomische Rekonstruktion schneller und eher als die politische. Betrachten wir zunächst die Ausgangslage bei den *stofflichen* Bedingungen der Produktion. Auf den ersten Blick schien 1945 das ökonomische Potential Deutschlands zerstört; viele Städte lagen in Schutt und Asche, das Transportsystem war nahezu vollständig zusammengebrochen, die männliche Arbeitsbevölkerung zu Millionen entweder im Krieg gefallen oder am Kriegsende gefangengenommen. Doch der Eindruck täuschte. Denn durch den Krieg sind auf dem Gebiet der heutigen BRD lediglich 17,4 v.H. des Bruttoanlagevermögens (in v.H. von 1936) zerstört worden, aber im Zeitraum von 1936 bis 1945 real 75,3 v.H. durch Bruttoanlageinvestitionen hinzugekommen. Rechnet man noch die normalen Abschreibungen (37,2 v.H.) ab, dann ist trotz der Kriegszerstörungen der Kapitalstock 1945 um 20,6 v.H. größer als 1936. Das hohe Investitionstempo der Nazi-Kriegswirtschaft hat obendrein am Ende des Krieges eine Verjüngung und Modernisierung des Anlagevermögens zur Folge. Ohne gewerkschaftliche Widerstände einkalkulieren zu müssen, konnte die deutsche Industrie die neuesten Methoden der Arbeitsorganisation einführen; sie war dazu auch deshalb gezwungen, weil hochqualifizierte Facharbeiter im Krieg fehlten und die Fremd- und Zwangsarbeiter nicht nur wenig kosteten, sondern auch die brutal durchgesetzte stumpfsinnigste, aber für das Kapital effizienteste Arbeitszerlegung hinnehmen mußten.

Auch die Bedeutung der Reparationen und Demontagen wird in der Regel überschätzt. Nach den Unterlagen der Interalliierten Reparationsagentur (IARA) kann davon ausgegangen werden, daß in der britischen und amerikanischen Zone nicht mehr als 3,1 v.H. des in der deutschen Industrie investierten Kapitals (gemessen zum Wiederbeschaffungswert) demontiert wurden; lediglich in der französischen Besatzungszone waren die Demontageschäden etwas höher. In der sowjetischen Zone lagen sie im Durchschnitt bei etwa 10 v.H.. Trotz der Kriegsverluste war auch das Arbeitskräftepotential nach dem zweiten Weltkrieg größer und von der Qualifikation her im Schnitt besser als vorher. In den drei Westzonen war die erwerbsfähige Bevölkerung von 1939 bis 1948 um 11,4 v.H. gewachsen. Hauptgrund für diese Entwicklung war der ständige Zustrom von Flüchtlingen und Zuwanderern aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und der SBZ. Fast die gesamten 50er Jahre blieb dieser Zustrom erhalten und sorgte nicht nur für den permanenten Nachschub auf dem Arbeitsmarkt sondern auch für einen gehörigen Druck auf die Lohnentwicklung. Für die SBZ und spätere DDR war diese Entwicklung allerdings fatal. Denn sie verlor auf diese Weise an die Westzonen und die spätere BRD hochqualifizierte Facharbeiter, Techniker und Ärzte. Rechnet man die in deren Qualifikation investierten Kosten der Ausbildung zusammen, so hatte die DDR bis zum Bau der Mauer am 13.8.1961 – wie Fritz Baade herausfand – einen Verlust von ca. 30 Mrd. DM zu tragen, der in der BRD unmittelbar als Gewinn zu Buche schlug.

Produktionsmittel und Arbeitskräfte waren also quantitativ und qualitativ vorhanden, als die Nachkriegsära begann. Das *Geld* des deutschen Reiches allerdings war wertlos. Nach innen war das »Reich« infolge der über Schuldverschreibungen und verschiedenste Wertpapierarten finanzierten Kriegsausgaben mit mehr als 400 Mrd. Reichsmark – etwa 95 Prozent des gesamten Geldvermögens der Privaten – überschuldet. Dieser Schuldenberg ging einher mit einer Überliquidität des privaten Sektors: Im Frühjahr 1947 etwa beträgt das Geldvolumen ca. 173 Mrd. RM, dem ein Volkseinkommen von geschätzten 50 Mrd. RM gegenübersteht. Infolge der gleichzeitig geltenden Bewirtschaftungsmaßnahmen und des Preisstopps kann das Mißverhältnis zwischen Güter- und Geldversorgung nicht abgebaut werden. Der monetäre Überhang verschafft sich entsprechend Luft in einer Entwertung und dann auch in einer »Repudiation«, einer Ablehnung der Reichsmark als Geld: Es beginnt die Zeit der »schwarzen« und »grauen Märkte«. Durch nichts kann das schmachliche Ende dieses Reiches stärker symbolisiert werden als dadurch, daß an die Stelle der würdigen Reichsmark, mit dem Inbegriff deutscher Staatsherrlichkeit, dem Reichsadler darauf, nun die banale Camel und Pall Mall treten. Ironischerweise hieß eine der meistverbreiteten Zigarettenmarken der Nachkriegsära »Gold Dollar«. Vor allem auf den »schwarzen Märkten«, auf denen die ausgepowerte Bevölkerung sich die Waren für das tagtägliche Überleben zu beschaffen weiß, erfüllen die Zigaretten ihre Funktion blendend. Sie sind ebenso Wertmaßstab wie Zirkulationsmittel. Selbst die offizielle deutsch-amerikanische Tauschzentrale in Frankfurt a.M. nimmt die Zigaretten als Tauschobjekte an und zahlt für eine Packung den zweieinhalbfachen Betrag des eigentlichen Einkaufspreises. Auch die daraufhin einsetzende Steigerung der Zigaretten-

tenimporte aus den USA kann den Kurswert dieser Währung nicht beeinträchtigen: »Keine Währung der Welt«, so Günter Schmölders, »hat eine derart wirksame, unerbittliche und zuverlässige Geldmengenregulierung aufzuweisen«: Hat das Geld seine Zirkulationsfunktion nämlich erfüllt, kann es seinem ultimativen Zweck zugeführt werden; es verglüht beim Genuß der Raucher zu Asche. Auf den »grauen Märkten«, auf denen die Unternehmen Produktionsmittel, Ersatzteile und Rohstoffe zu besorgen versuchen, spielt die Zigarette allerdings keine bedeutende Rolle. Hier dominieren Kompensationsgeschäfte, bei denen unter Ausschluß jeglichen Geldes Ware gegen Ware getauscht wird. Auf den »grauen Märkten« zeigt es sich, daß die Wiederingangsetzung des kapitalistischen Verwertungsprozesses andere monetäre Konstellationen verlangt als sie die Zigarettenwährung bereitstellen kann.

Bereinigt werden mußten darüber hinaus auch die öffentlichen und privaten Schulden gegenüber dem Ausland. Zum Teil handelt es sich dabei um Reparationsschulden aus dem Ersten Weltkrieg oder um Anleihen aus den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise, die den Schuldendienst finanzieren sollten. Bereits im März 1951 hat die neue Bundesregierung erklärt, als Rechtsnachfolgerin des Reiches die alten Schulden prinzipiell anzuerkennen; die Zahlungsfähigkeit der neugegründeten BRD hätte aber nicht ausgereicht, um ohne gravierende negative Wirkungen auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß die externen Schulden in fremder Währung, d.h. in US \$ zurückzuzahlen oder zu bedienen. Die Westalliierten stimmten schließlich während der Londoner Schuldenverhandlungen 1953 einer Halbierung der zu tilgenden Gesamtschulden von 29 auf 15 Mrd. DM zu; darüber hinaus wurden die Rückzahlungszeiträume so gestreckt, daß es für die BRD kein Problem werden konnte, die Zahlungen aus den laufenden Deviseneinnahmen zu finanzieren. Die ursprünglich bis 1988 laufende Tilgungsfrist konnte so wesentlich verkürzt werden. Die Umschuldungsvereinbarung mit der BRD war also eine reine success-story; kein Wunder daher, daß sich heute viele ihrer erinnern, um Anregungen für die Lösung der Schuldenkrise der Dritten Welt zu bekommen. Nur befand sich zu Beginn der 50er Jahre die Weltwirtschaft am Anfang einer langen und ungestümen Aufschwungphase und nicht in einer tiefen Rezession, und es ging auch nicht um die Lösung der Schuldenkrise von mindestens drei Kontinenten, sondern um diejenige eines einzigen Landes. Und dann waren die Beträge, um die es ging, im Vergleich zu den über tausend Milliarden Dollar heute nachgerade lächerlich gering.

Als am 20.6.1948 mit der Währungsreform ein neues Geld geschaffen wird, die Deutsche Mark, erscheinen auf einmal Waren in den Schaufenstern, von denen man vorher meist gar nicht ahnte, daß sie bereits produziert worden waren. Die Währungsreform schuf also das Geld der ein Jahr später gegründeten Bundesrepublik Deutschland. Es ist Teil des geschichtlichen Erbes der Bundesrepublik, daß auch die Schaffung des neuen Geldes – ureigentlicher Akt nationaler Souveränität – von außen besorgen wird. An Vorschlägen zur Währungsreform besteht wahrlich kein Mangel – rund 250 derartiger Pläne, zum großen Teil aus deutschen Federn – sind nachgewiesen. Auch gibt es harte Streitigkeiten unter den Alliierten über die angemessensten währungspolitischen Reformen im Nachkriegsdeutschland. Die eigentliche Währungsreform ist

dann aber ausschließlich eine US-amerikanische Angelegenheit, an der deutsche Stellen ebenso wenig beteiligt sind wie die anderen alliierten Mächte. Noch während die Diskussionen über die Währungsreform laufen, werden seit Oktober 1947 die zukünftigen D-Mark-Noten bereits in den USA gedruckt und dann in einer logistisch beeindruckenden Operation klandestin in die US-amerikanische Enklave Bremerhaven verschifft, um schließlich in Frankfurt unter strengsten Sicherheitskontrollen gelagert zu werden. Der klandestine Charakter der »Operation Bird Dog« spielt sich im (Nicht-) Design der Geldnoten wider: Auf ihnen ist weder einer der üblichen Charakterköpfe verzeichnet noch eine Ausgabestelle oder eine Numerierung.

Finanztechnisch entsteht die D-Mark – auf der Grundlage des sog. Colm-Dogde-Goldsmith-Plans vom Mai 1946 – aus einer bedeutenden Abwertung aller auf Reichsmark lautenden Geldvermögen um 93,5 v.H.. Die Realvermögen allerdings, die ja noch im Krieg und in der Nachkriegszeit trotz Zerstörungen und Demontagen gewachsen waren, wurden effektiv nicht angetastet, auch durch das Gesetz zum »Lastenausgleich« nicht. Die alten Besitz- und damit auch gesellschaftlichen Machtverhältnisse wurden gestärkt, indem sie von den ökonomischen Belastungen des Dritten Reiches befreit wurden; auch dies ist ein Teil der Befreiung vom Nationalsozialismus. Ohne die alten Schulden, mit neuem Geld ausgestattet, ließ sich prächtig akkumulieren. Dem kam auch entgegen, daß mit der Währungsreform zwar die Preise der Waren freigegeben wurden, aber der Lohnstopp bis in den November 1948 aufrechterhalten blieb. Die Inflation hatten also die Lohnabhängigen zu tragen, während die »blaue Blume der sozialen Marktwirtschaft« kräftig erblühen konnte und den Unternehmern lukrative Profite bescherte. Erst am 3. November wurde der Lohnstopp aufgehoben; am 12. November organisierten die Gewerkschaften einen 24-stündigen Generalstreik gegen die Preistreiberei – übrigens der einzige Generalstreik, der in der deutschen Nachkriegsgeschichte je stattgefunden hat. Wenigstens in der ersten Phase kapitalistischer Restauration kann mithin keine Rede davon sein, daß die »Neutralisierung des Lohngesetzes« (Lutz) für das relativ schnelle Akkumulations-tempo verantwortlich zeichne. Viel eher hat die administrativ gezogene Lohnobergrenze die Profite stimuliert und die Kapitalbildung des privaten Unternehmenssektors vorangetrieben.

Ein Jahr nach der Währungsreform wird dann die Bundesrepublik Deutschland 1949 auch als politische Einheit gegründet; Zug um Zug gehen nun die Attribute der Staatlichkeit und die Medien der Staatsmacht, die bislang bei den Alliierten lagen, auf deutsche Institutionen über. Der Zusammenbruch, der keiner war, resultiert in einer neuen Gesellschaft, in deren Institutionen und Funktionsbedingungen das nationalsozialistische Erbe aufgehoben ist. Die Kontinuitäten zeigen sich am deutlichsten in den Personen; in den wirtschaftlichen wie in den politischen Institutionen und später in der Bundeswehr haben die führenden Köpfe ihre erste Karriere bereits in Hitlers Drittem Reich gemacht: »Gott erhält die Mächtigen« – wie ein Buchtitel von Kurt Pritzkolet zur personellen Kontinuität treffend formuliert.

Unverständlich bliebe die »Rekonstruktionsperiode« der Bundesrepublik ohne Betrachtung der Art und Weise, wie die BRD in den Weltmarkt integriert wird. Ange-

sichts der weltpolitischen Lage nach dem Beginn des Kalten Krieges 1947 gab es wahrscheinlich zur politischen Westintegration der drei westlichen Besatzungsmächte keine Alternative. Doch wenn es eine gegeben hätte, sie wäre wahrscheinlich von den inzwischen führenden Kräften kaum ergriffen worden. Der Marshall-Plan wurde deshalb von der wieder formierten politischen Klasse in Westdeutschland bereitwillig akzeptiert, nachdem von der KPD und von Teilen der SPD daran scharfe Kritik geübt worden war. Ökonomisch hat der Plan als Instrument der Wirtschaftsankurbelung keine entscheidende Rolle gespielt. Die von 1949 bis 1952 geleistete Hilfe in Höhe von 1,56 Mrd. Dollar übertraf nicht die Hilfeleistungen der US-Armee (GAROIA-Lieferungen), die im gleichen Zeitraum 1,62 Mrd. Dollar erreichten. Die große Erwartung des Wirtschaftsministers Erhard, mit den Marshall-Plan-Geldern die deutsche Kapitalbildung finanzieren zu können und das laufende Sozialprodukt ganz der Konsumtion nach den Hungerjahren zur Verfügung zu stellen, erwies sich als kleingeistige Illusion. Im Schnitt der Jahre 1949 bis 1952 finanzierten die Marshall-Plan-Mittel gerade 5,5 Prozent der Bruttoanlageinvestitionen. Lediglich in den Engpaßsektoren des Steinkohlebergbaus und der Energieversorgung spielten die Mittel des Marshall-Plans und der Gegenwertfonds eine wichtige Rolle: Ihr Finanzierungsanteil an den Investitionen machte 26,2 Prozent aus. Die Bedeutung des Marshall-Plans liegt also weniger auf ökonomischem Gebiet als in der politischen Westbindung, die die BRD unauflösbar einging. Er war sozusagen die Honorierung für die eindeutige Westorientierung, die die westdeutsche politische Klasse nach den ersten Jahren der Unentschiedenheit einschlug.

Ökonomisch viel wichtiger für Westdeutschland war der Beginn des Koreakriegs im Juni 1950. Es ist eine schwarze Ironie der Geschichte, daß der endgültige »take off« der westdeutschen Wirtschaft ins Wirtschaftswunder der fünfziger und sechziger Jahre durch einen neuen Krieg, durch Tod und Zerstörung auf der koreanischen Halbinsel, gestützt wurde. Die plötzlich steigende Nachfrage nach Investitions- und Produktionsgütern übte für die westdeutsche Industrie einen Sogeffekt aus, der die Wachstumsraten der Produktion in kürzester Frist einen Satz nach oben machen ließ. Lag der Index der Industrieproduktion im ersten Vierteljahr 1950 bei 96 (1936=100), so am Jahresende schon bei 134. Die weltmarktadäquate Produktionsstruktur und freie Kapazitäten machten diesen »Sprung nach vorn« möglich, der auch zur Neueinstellung von rd. 900000 Arbeitern und Angestellten führte.

Der Weltmarkt hatte sozusagen die westdeutsche Wirtschaft akzeptiert; ihre vom Faschismus übernommene Produktionsstruktur und der in dieser Zeit modernisierte technische Produktionsapparat erwiesen sich im ersten Nachkriegsaufschwung, dem Koreaboom, als außerordentlich wettbewerbsfähig. Das Geld war reformiert, die staatliche Macht wiederhergestellt. Die Auseinandersetzungen um die Regulierung der Arbeit in Betrieb und Unternehmen wurden 1951 mit dem Mitbestimmungsgesetz, das in der Kohle- und Stahlindustrie eine paritätische Repräsentanz der Vertreter von Arbeitnehmern und Gewerkschaften ermöglichte, und dem Betriebsverfassungsgesetz 1952, das vor allem eine Verpflichtung auf das »Gemeinwohl« enthielt (§ 49), abgeschlossen. Die von den Gewerkschaften noch auf dem Gründungskon-

greß des DGB im Oktober 1949 in München angemeldeten Neuordnungsvorstellungen von Wirtschaft und Gesellschaft wurden unter den Exporterfolgen und den dadurch induzierten Wachstumsraten der Wirtschaft begraben. Schneller als es jemand glauben konnte, der 1945 in den deutschen Großstädten über Trümmerberge kletterte, war Westdeutschland »wieder da« – dank der Integration in das hegemoniale System, das unter Führung der USA inzwischen entstanden war.

Insbesondere mit Blick auf die Wechselkursrelationen waren die Integrationsbedingungen für das bundesdeutsche Kapital günstig. Die nach einer beträchtlichen Abwertung 1949 bis 1961 geltende Austauschparität von 4,20 DM/ 1 US-Dollar, der im Fixkurs-System von Bretton Woods als Weltgeld inthronisiert wurde, machte die bundesdeutschen Waren auf den Weltmärkten höchst konkurrenzfähig. Die DM war unterbewertet, und dadurch wurde der Wettbewerbsvorteil niedriger Lohnkosten – Mitte der 50er Jahre lag die BRD im internationalen Vergleich am unteren Ende der Lohnskala der Industrieländer – noch verstärkt. Diese Kombination von Lohnpolitik, basierend auf der spezifischen Ausgestaltung des Systems der industriellen Beziehungen, und Wechselkurspolitik wurde zu einem der Pfeiler der neo-merkantilistischen Wirtschaftspolitik der Bundesregierungen bis in die Gegenwart hinein.

Spätestens 1952 sind alle wichtigen Entscheidungen gefallen, die den Kurs von ökonomischer Entwicklung und politischer Orientierung des westlichen Deutschlands bestimmen – im übrigen ebenso wie im östlichen Teil des ehemaligen Reiches. Nachdem 1952 die Deutschland-Note der UdSSR vom Westen abgelehnt und am 17. Juni 1953 der Massenstreik in der DDR mit sowjetischen Panzern niedergeschlagen worden war, gab es, selbst wenn sie subjektiv ins Auge gefaßt worden wäre, für Ostdeutschland auch keine Alternative zur Orientierung; der »reale Sozialismus« begann sich zu realisieren. Der reale Kapitalismus im Westen hatte dies gar nicht mehr nötig; trotz oder wegen des Nationalsozialismus war er zu Beginn der 50er Jahre so real wie nie zuvor. Die Teilung Deutschlands war besiegelt.

Die Physiognomie der Gesellschaft erschließt sich in der Krise

Das westdeutsche Kapital nutzte das Erbe, das ihm nachgerade in den Schoß fiel, um eine ungestüme Entwicklung in Gang zu setzen. Die Konstellation der sozioökonomischen Verhältnisse war günstig und blieb günstig bis in die 70er Jahre hinein. Unternehmer, die der kapitalistischen Rationalität verpflichtet sind, haben es an sich, das, was umgangssprachlich »günstig« genannt wird, genau zu definieren: Sie brauchen eine bestimmte Rentabilität oder Profitrate auf das eingesetzte Kapital, um den Investitionsprozeß, d.h. die Akkumulation des Kapitals in Gang zu halten. Die Bedingungen dafür waren ganz offensichtlich gegeben. Gestützt wurde die Dynamik des Akkumulationsprozesses während der fünfziger Jahre von der staatlichen Wirtschaftspolitik durch ein ganzes Paket von Maßnahmen zur Förderung der unternehmerischen Kapitalbildung und damit der Selbstfinanzierung des Investitionsprozesses aus den Profiten. Die konzentrationsfördernde Wirkung einer Wirtschaftspolitik,

die vorgibt, die »freie«, soziale Marktwirtschaft zu stützen, wird in dieser Epoche zum Gegenstand breiter und heftiger Debatten, bevor die Erkenntnis akzeptiert wurde, daß kapitalistische Akkumulation ohne Konzentration nicht zu haben ist. Die restriktive Haushaltspolitik, die zum sog. »Julius-Turm«, dem Aufbau von Haushaltsüberschüssen führte, wurde kombiniert mit einer restriktiven Geldpolitik der Deutschen Bundesbank, die der Stabilisierung des Geldwertes Priorität einräumt. Im Rahmen des Fixkurssystems von Bretton Woods öffnete sie einer überproportionalen Steigerung der Exporte und der Investitionen den Spielraum.

Zwischen den verschiedenen Bundesregierungen und der Deutschen Bundesbank hat sich im Laufe der Entwicklung eine spezifische, keineswegs immer konfliktfreie Arbeitsteilung eingestellt, bei der die Bundesbank die Aufgabe übernahm, die Stabilität des internen Preisniveaus anzustreben und so die internationale Konkurrenzfähigkeit des BRD-Kapitals zu sichern. Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet die Bundesbank erstmals anläßlich der Krise 1966/67. Seitens des frisch gebildeten Sachverständigenrates wurde der Bundesbank die Verantwortung für die Krise angelastet, weil sie mit ihrer prozyklischen, restriktiven Geldpolitik die Abwärtstendenzen noch verstärkt habe.

Bis in die Mitte der siebziger Jahre hinein ist die Entwicklung der westdeutschen Ökonomie eine »success story«: Hohe wirtschaftliche Wachstumsraten des BIP sind die Grundlage für den großen Verteilungsspielraum, der nicht erst von der Sozialdemokratie sondern vorher bereits von der Christdemokratie genutzt wird, um die kapitalistische Dynamik sozialstaatlich zu moderieren. Doch von Anfang an weist der Prozeß zwei Eigentümlichkeiten auf. Die Daten über die Wirtschaftsentwicklung der BRD zeigen, daß erstens das Wachstum zyklisch verläuft und dieses sich zweitens tendenziell verlangsamt. Im Verlauf dieses an sich undramatischen Prozesses vollziehen sich offensichtlich tiefgreifende Veränderungen, die in der strukturellen Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der 70er Jahre, der verringerten Investitionsquote, den gesunkenen Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität und last not least in dem »tendenziellen Fall der Profitrate« zum Ausdruck und Ausbruch kommen. Die Normalität kapitalistischer Krisen, die während des langen Nachkriegsbooms überwunden schien, holt auch die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren ein: Es ist eine bestimmte Form des Prozesses gesellschaftlicher Reproduktion (ein bestimmter Regulierungstyp, ein Regime der Akkumulation), die das über eine lange Zeitperiode von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur Mitte der 70er Jahre historisch einmalig hohe Wirtschaftswachstum möglich macht. Bestandteile dieser Form sind sowohl die Regulierung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital als auch der fiskalische Interventionismus des Staats und die Regulierung des Geldes; die ökonomische und politische Weltmarktintegration ebenso wie die Herausbildung eines spezifischen Konsummodells; die Implementierung von neuen Technologien ebenso wie die Wirksamkeit ideologischer Anrufungen. Krisen haben die Eigenschaft, bestimmte Charakterzüge besonders deutlich hervortreten zu lassen, bevor sie die Physiognomie gründlich verändern. Daher kann man die Ingredienzien der bestimmten Form der gesellschaftlichen Reproduktion und Akkumulation in der Bun-

desrepublik Deutschland sehr gut an Ursache und Verlauf der Krise von 1966/67 untersuchen.

Allerdings ist eine Präzisierung vorzunehmen: Im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung lassen sich »kleine« konjunkturelle Krisen und »große« gesellschaftliche Krisen, die auch auf das politische System und die gesellschaftlichen Grundlagen des Konsens übergreifen, unterscheiden. Ganz zweifellos war die Krise von 1966/67 in diesem Sinne eine »kleine« konjunkturelle Krise, die keine einschneidenden Änderungen der Form der gesellschaftlichen Regulierung des Reproduktionsprozesses hervorrief. Im Gegenteil kann heute geurteilt werden, daß diese Krise das ökonomische Modell des Nachkriegsdeutschland eher vervollkommnete und »modernisierte«. Daher kann tatsächlich dessen Physiognomie gerade anhand der schlaglichtartig konzentrierten Erscheinungen in dieser kurzen Krisenphase von November 1966 bis zum Sommer 1967 skizziert werden.

Ganz anders – dies sei schon hervorgehoben – stellt sich die »große« Krise seit 1974/75 dar. Sie ist nicht nur »Betriebsunfall« eines gerade wegen dieses Malheurs sich als reparabel herausstellenden Modells. Auch wenn es Jahre dauerte, bis es den gesellschaftlichen Akteuren zu Bewußtsein gelangte: Die Krise Mitte der 70er Jahre ist ein struktureller Bruch und ihr Resultat ist nicht eine Verbesserung des »alten« Entwicklungsmodells, sondern ein neues, dessen Konstruktionszeichnung auch in den 80er Jahren nicht klar ist. Wegen dieses Unterschieds zwischen »kleiner« und »großer« Krise ist es sinnvoller, die strukturellen Merkmale des westdeutschen Reproduktionsmodells anhand der Rezession von 1966/67 zu beschreiben, als die viel einschneidenderen Prozesse der krisenhaften Restrukturierung der 70er Jahre zum Beispiel zu wählen.

Niemand hatte damit gerechnet, daß die westdeutsche Wirtschaft aus den sanften Schaukelbewegungen von »Wachstumszyklen« – der klassische Konjunkturzyklus war ja Ende der 50er Jahre offiziell für »tot« erklärt worden – in die Turbulenzen einer veritablen Krise (wir bedienen uns hier der unter Ökonomen immer schon beliebten Sprachbildern aus der Welt der Metereologen) geraten konnte, mit Zusammenbrüchen von Unternehmen, Massenarbeitslosigkeit und einer politischen Krise, die zum Sturz des Symbols des »Wirtschaftswunders« Ludwig Erhards führte und an deren Ausgang die Große Koalition zwischen Christlichen Demokraten und Sozialdemokraten verwirklicht war. Die Krise selbst ist einem Komplex von Ursachen geschuldet, die insgesamt zu einer Reduzierung der Profitrate des Kapitals bis 1967 führte. Zunächst ist dafür das Ausschöpfen der Wachstumsressourcen verantwortlich, die »das Ende des Wirtschaftswunders« bewirkt: Arbeitskraft ist knapp geworden und auch die Qualifikationsreserven gehen zur Neige, zumal bis in die Mitte der 60er Jahre hinein die BRD eine so beschränkte Bildungspolitik durchgeführt hat, daß George Picht in einem damals viel beachteten Buch von der »deutschen Bildungskatastrophe« sprechen konnte. Die Knappheit der Arbeitskräfte nach dem Bau der Berliner Mauer wurde durch den Import von Gastarbeitern teilweise aufgefangen; allerdings konnten die steigenden Löhne dadurch nicht verhindert werden. Jedenfalls macht die unbereinigte Nettolohnquote, die während der 50er Jahre unterhalb der 60-Prozent-

Marke lag, in der ersten Hälfte der 60er Jahre einen Sprung auf fast 65 v.H. In der Industrie steigt die Lohnquote (in Preisen von 1962) von etwa 34 v.H. im Jahre 1950 über 35,6 v.H. 1958 auf 38,4 v.H. 1966.

Wie in anderen Ländern ist auch in der BRD um die Frage eine heftige Auseinandersetzung geführt worden, ob die Rentabilität des Kapitals wegen der steigenden Löhne gesunken ist. Natürlich spielt die Lohnentwicklung eine wichtige Rolle, aber mit Sicherheit nicht die Hauptrolle im Spiel. Vielmehr zeigt es sich, daß die Zuwachsraten der (gesamtwirtschaftlichen) Arbeitsproduktivität im Zeitverlauf abflachen, so daß bei steigenden Löhnen die Lohnstückkosten zunehmen. In den abnehmenden Zuwachsraten der Produktivität drückt sich der Wechsel in den Wachstumsbedingungen der BRD aus: Der sogenannte Struktureffekt, d.h. die Verlagerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf neue, produktivere Branchen ist in den 50er Jahren sehr hoch, er beträgt fast 20 v.H. des Produktivitätszuwachses. In den 60er Jahren geht er notwendig zurück, als sich nämlich in der BRD eine weltmarktadäquate Branchenstruktur herausgebildet hat. Überdies steigt auch die Kapitalintensität, d.h. der Einsatz von Kapital je Arbeitsplatz wird immer größer. In den 50er Jahren konnte noch mit geringem Kapitaleinsatz ein großer Produktivitätseffekt erzielt werden. Manchmal reichten vergleichsweise geringe Reparaturen, um eine ganze Anlage zum Produzieren zu bringen. Von 1950 bis 1958 steigt die Kapitalintensität um nur 15,2 v.H., die Arbeitsproduktivität aber um 35,3 v.H. Doch bereits Ende der 50er Jahre waren diese »schönen Tage von Aranjuez« vorüber. Um die Produktivität zu steigern, mußte Kapital in wachsendem Maße investiert werden; von 1958 bis 1966 wird der Kapitalaufwand je Arbeitsplatz im Durchschnitt der Industrie um 63,5 % erhöht. Die Arbeitsproduktivität nimmt zwar mit 47,3 v.H. beträchtlich zu, ihre Steigerung ist aber geringer als die der Kapitalintensität. Folge: Die Kapitalproduktivität, die noch in der ersten Hälfte der 50er Jahre angestiegen war, fällt und erreicht 1967 mit 65,3 v.H. (Nettoproduktionsvolumen in v.H. des Bruttoanlagevermögens) den tiefsten Wert in der gesamten Entwicklungsphase seit dem Ende des Krieges. Der höchste Wert, im übrigen, wurde 1955 mit 86,5 v.H. erreicht. Der positive Effekt auf die Investitionsnachfrage durch die Erhöhung der Kapitalintensität kann diese Tendenz nicht kompensieren. Die Kapitalrentabilität (oder Profitrate) ist positiv mit der Kapitalproduktivität und negativ mit der Lohnquote korreliert. Wenn erstere fällt und die zweitgenannte steigt, dann kann nur ein Rückgang der Rentabilität die Folge sein. So war es auch in der BRD. Allerdings leitet nicht jeder Rückgang der Rentabilität eine Akkumulationskrise ein. Ohne Vergleichsgrößen kann keine Höhe der Kapitalrentabilität angegeben werden, bei der »noch« investiert oder »schon« Produktion und Investitionen gedrosselt werden. Unter systematischen Aspekten können drei Restriktionen für Investitionen bei fallender Kapitalrentabilität festgehalten werden: Die erste in dem Moment, in dem die erwartete Rendite der Investitionen niedriger eingeschätzt wird als die zuvor erzielte Rentabilität. Der intertemporale Vergleich wird aber kaum Folgen hinsichtlich des Investitionsverhaltens zeitigen, solange die Konkurrenz das einzelne Unternehmen zwingt, technologisch und marktstrategisch mitzuhaltend und den Anschluß nicht zu verlieren. Eine zweite, schon wirksamere Restriktion aber ergibt sich, wenn

die gesamte Rendite des Kapitals aufgrund zusätzlicher Investitionen fällt, weil beispielsweise mit den zusätzlichen Kapazitäten das Angebot der Waren steigt und die Preiserwartungen der Unternehmer enttäuscht werden. Eine dritte Restriktion ist schließlich dann gegeben, wenn die Rentabilität auf Realkapital in die Nähe oder gar unter den Zinssatz für Geldkapital gerät. Dann kann es sehr viel lukrativer sein, nicht produktiv zu investieren, sondern die liquiden Fonds in Geld anzulegen.

Wenn die Konjunktur sowieso angespannt ist, weil die Unternehmen den Versuch machen, mittels Preissteigerungen die fallende Rentabilität auszugleichen und obendrein die Kreditnachfrage steigt, weil bereits die Zirkulation ins Stocken gerät, dann reagiert die Zentralbank üblicherweise aus Gründen der Inflationsbekämpfung mit einer Politik des knappen Geldes. So auch die Deutsche Bundesbank, die am 27. Mai 1966 den Diskontsatz von 4 auf 5 Prozent und den Lombardsatz von 5 auf 6,5% heraufsetzte. Der Effekt war beabsichtigt und trat auch ein: Die Anlageinvestitionen, die 1966 bereits – in konstanten Preisen gemessen – stagnierten, gingen 1967 um 7,4 Prozent zurück. Die Dynamik des Wirtschaftswunders war gebrochen, zum ersten Mal seit 1950 stieg die Arbeitslosigkeit, die bis dahin stetig von etwa 2 Millionen auf knapp 150000 zurückgegangen war, und zwar auf über 600000 während des Höhepunkts der Rezession im März 1967.

Um die Frage, ob die Talfahrt der westdeutschen Wirtschaft 1966/67 durch die Bundesbank willkürlich herbeigeführt worden sei, hat es eine langandauernde Debatte gegeben. Tatsächlich hatte der damalige Bundesbankpräsident Blessing die Rezession für heilsam erklärt, da die Leistungsfähigkeit steige, wenn ein Arbeitsloser nicht an »jeder Ecke« sogleich einen neuen Arbeitsplatz finde. Doch hieße es wohl die Autonomie der Zentralbank gegenüber der kapitalistischen Krisendynamik zu überschätzen, wenn man ihr ankreidet, die Krise »gemacht« zu haben. Die Zinsentwicklung folgt nämlich selbst einer spezifischen Konjunktur, ob die Zentralbank eingreift oder nicht: Die Zinsen steigen im Boom schon allein wegen der Preissteigerungen an und sie erreichen infolge hoher Kreditnachfrage gerade dann einen Höhepunkt, wenn der Boom abbrechen droht. Im Verlauf der Rezession gehen dann Preise und Kreditnachfrage zurück, so daß die Zinsen sinken. Dies ist eine Vorbedingung für die Belebung der Konjunktur.

Ebenso unerwartet und plötzlich wie die Krise »hereingebrochen« war, wurde sie überwunden. Die Produktivität konnte so schnell und nachhaltig angehoben werden, daß der gerade ein Jahr zuvor eingesetzte »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« von einem »Produktivitätswunder« sprechen konnte. Ähnlich wie in Italien nach der Krise 1963 konnten die Unternehmen eine Steigerung der Produktivität durch »Rationalisierung ohne Investitionen«, d.h. auf Kosten der Arbeiter durch Steigerung der Arbeitsintensität, erzielen. Denn die Fluktuation ging zurück, der Krankenstand wurde abgebaut, die Arbeitsdisziplin verbesserte sich, die Mobilitätsbereitschaft war größer als zuvor. Außerdem stieg die Kapazitätsauslastung, durch Mehrschichtbetrieb wurde die Arbeitszeit ausgedehnt und die Kosten des konstanten Kapitals wurde so gesenkt. Wie in einer Rezession üblich, nahm die Konzentration des Kapitals deutlich zu. Die Lohnentwicklung wurde durch

langfristige Tarifverträge, denen die Gewerkschaften 1967 zustimmten, und durch die »Konzertierte Aktion«, die mit der Großen Koalition eingerichtet wurde, angehalten. Alles also Faktoren, die in den nächsten Jahren zu einem Anstieg der Arbeits- und Kapitalproduktivität führten und die Kapitalrentabilität wieder erhöhten. Auch die Investitionen nahen allmählich wieder zu, so daß in sehr kurzer Frist bis 1969 die Arbeitslosigkeit beseitigt war. In den Jahren von 1968 bis 1974, mit einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1971, erlebte die BRD ihren zweiten Frühling, mit hohen Wachstumsraten des Sozialprodukts, Vollbeschäftigung und einem für Reformen, die die sozialliberale Koalition von Kanzler Brandt angekündigt hatte, beträchtlichen Verteilungsspielraum. Die Krise von 1967 war überwunden und mehr noch: Weil sie so schnell überwunden werden konnte, war die Welt in noch stärkerem Maße davon überzeugt, daß eine Krise, wenn sie schon eintritt, durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen schnell durchquert werden könne.

In der Krise zeigt sich die Physiognomie einer Gesellschaft. Das gilt auch für die BRD. Betrachten wir zunächst die internen, national-gesellschaftlichen Charakterzüge.

Erstens erweist sich die Regulierung des Systems der gesellschaftlichen Arbeit als höchst erfolgreich für die »neomerkantilistische« Strategie des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt. Denn während der fünfziger Jahre bleiben die Lohnstückkosten infolge des relativ niedrigen Lohnniveaus am unteren Ende der internationalen Vergleichsskala und rücken bis 1967 nur zögerlich nach oben. Dadurch und durch die im System fixierter Wechselkurse der Bretton Woods-Ära unterbewertete D-Mark war es möglich, auf den Weltmärkten eine starke Konkurrenzposition aufzubauen. Noch zu Beginn der fünfziger Jahre verfolgten die Gewerkschaften eine Strategie »aggressiver« und dann »expansiver Lohnpolitik«, die – theoretisch an den Unterkonsumtionstheorien der späten zwanziger Jahre anknüpfend – vom führenden Gewerkschaftstheoretiker dieser Zeit, von Viktor Agartz begründet worden ist. Doch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war mit dem Konzept die Theorie, und mit der Theorie auch der Theoretiker abgemeldet: In der durch einen heftigen Antikommunismus gekennzeichneten Adenauer-Ära genügte es, Agartz der Zusammenarbeit mit der DDR zu verdächtigen, um ihn aus allen gewerkschaftlichen Funktionen zu verdrängen und sogar vor das Bundesverfassungsgericht mit dem Vorwurf des Landesverrats zu bringen. Es war dies die Zeit, in der im August 1956 die Kommunistische Partei für verfassungswidrig erklärt wurde, in der die CDU bei den Wahlen 1957 eine absolute Mehrheit errang, in der die SPD ihren Godesberger Programmparteitag von 1959 vorbereitete. Nach anfänglichen Widerständen und Versuchen der Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft hatte sich also am Ende der fünfziger Jahre ein Basiskonsens herausgebildet, der materiell durch den »trade off« zwischen einer Politik der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, steigender Löhne und Sozialleistungen und wirtschaftsfriedlichem Verhalten der Gewerkschaften abgesichert war.

Warum aber bekam dieses Verhältnis in der Krise von 1966/67, als die ökonomische »Gegenleistung« für die transformistische Integration ausblieb, keinen Bruch? Die Antwort auf die Frage gibt die Art und Weise der Krisenüberwindung selbst. Pa-

radoxerweise, und im Gegensatz zu allen kurzschlüssigen Kriseninterpretationen, stärkte die Krise noch das gerade in der Arbeiterklasse verwurzelte Grundverständnis, daß der moderne Kapitalismus schon funktionieren würde, wenn nur der Staat mit geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen antizyklisch in die Ökonomie interveniere. Der Glaube an die politische Machbarkeit ökonomischen Wachstums wurde durch den Erfolg einer schnellen Ankurbelung der Konjunktur mit dem neuen Instrumentarium des Ende 1966 von der Großen Koalition verabschiedeten »Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes« unterstützt. Wie später während der »Ölkrise« 1974/75 wurden »Fehler« wirtschaftspolitischer Instanzen für den Eintritt der Krise ursächlich verantwortlich gemacht. 1967 wurde es zum gängigen Argument, der Bundesbank mit ihrer Hochzinspolitik die alleinige Schuld zuzuweisen. Fehler kann man korrigieren; und 1967 schien die politische Korrektur tatsächlich erfolgreich zu sein. Die Wachstumsrate des BIP, die 1967 bei -0,1 Prozent lag, schnellte 1968 auf 5,9 % und 1969 gar auf 7,5 % hoch. Die Arbeitslosigkeit ging ebenso schnell auf den sehr niedrigen Stand der Vorkrisenjahre zurück. Da die Gewerkschaften sich 1967 angesichts der ungewohnten Arbeitsmarktlage auf sehr langfristige Tarifverträge eingelassen hatten, ging der Lohnanteil am Volkseinkommen zurück, während der Anteil der Profiteinkommen entsprechend zunahm. Die Kapitalrentabilität stieg kurzfristig auf das Niveau der zweiten Hälfte der 50er Jahre.

Zweitens. Der durch die retardierende Lohnentwicklung bedingte Nachfrageausfall wurde allerdings durch die rasante Steigerung der Exporte mehr als wettgemacht. Dies ist das zweite Charakteristikum der westdeutschen Ökonomie: Bei allen konjunkturellen Abschwüngen provozieren mit einer gewissen Zeitverzögerung die Exportsteigerungen den nachfolgenden Inlandsboom. Dieser Mechanismus konnte aber nur aufgrund von zwei wesentlichen Voraussetzungen funktionieren: Erstens war die Branchen- und Produktstruktur der BRD den Nachfrageverhältnissen auf dem Weltmarkt angemessen. Während des langen internationalen Aufschwungs wurden hauptsächlich Investitions- und Produktionsgüter benötigt, bei denen die westdeutsche Industrie außerordentlich kompetitiv war und ist. Der Maschinenbau beispielsweise steigerte seinen Exportanteil an der Produktion bis 1982 auf 45,3 v.H. im Durchschnitt. Auch im Straßenfahrzeugbau, der Industriezweig, der das wichtigste Produkt des langen Nachkriegszyklus herstellt, das Automobil nämlich, gehört inzwischen die BRD zu den führenden Lieferanten auf dem Weltmarkt; der Exportanteil der Produktion liegt bei 47,4 v.H.. Selbst als der Aufschwung in den 70er Jahren zur Neige geht, kann die westdeutsche Industrie noch Exporterfolge erzielen: Beim Übergang von Produkt- zu Prozeßinnovationen, d.h. von vorwiegend Erweiterungs- zu Rationalisierungsinvestitionen, sind vor allem der westdeutsche Maschinenbau, die elektrotechnische und elektronische Industrie wichtige Anbieter von Produkten, mit denen die Rationalisierungsabsichten der Unternehmen im harten Wettlauf um Kostensenkungen weltweit realisiert werden können.

Der zweite Grund für die erfolgreiche Wirkung des Exportmultiplikators in der BRD ist die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung in den verschiedenen Regionen des Weltmarkts. Bis Mitte der 70er Jahre verlaufen die konjunkturellen Zyklen in den kapi-

talistischen Staaten asynchron – wenn auch innerhalb Europas weniger als zwischen den USA, Japan und Westeuropa insgesamt, so daß eine nationale Rezession durch Anpassung an die relativ (im Vergleich zu den anderen Komponenten der Endnachfrage) steigende Auslandsnachfrage jedenfalls von der Realisierungsseite her überwunden werden kann. Erst Mitte der 70er Jahre geraten alle wichtigen kapitalistischen Nationen gleichzeitig in die Krise – ein Anzeichen dafür, daß nur knapp 30 Jahre nach Kriegsende der Weltmarkt in all seinen Formen, als Weltmarkt für Waren, für produktives Kapital und für Kredit, wirklich hergestellt ist. Mit anderen Worten: Die westdeutsche Wirtschaft konnte paradoxerweise davon profitieren, daß der Weltmarkt in den 50er und 60er Jahren nicht für alle Formen des Kapitals realisiert war.

Die Vereinheitlichungs- und Angleichungstendenzen werden, wie das Theorem der komparativen Kosten zeigt, beim Warenaustausch nicht befördert, da ja gerade der komparative Unterschied bei der Produktion von Waren den Wohlfahrtsgewinn des Welthandels erzeugt. Aber die in den 60er Jahren nach der Herstellung der Währungskonvertibilität verstärkte Durchdringung Westeuropas mit US-amerikanischen Direktinvestitionen verlangt von den Unternehmen in der Bundesrepublik technologische und arbeitsorganisatorische Anstrengungen, die, wie in anderen Ländern mit gewisser Zeitverzögerung auch, zu einer tendenziellen Angleichung der Produktionstechnologien und -methoden an das entwickeltste Land, die USA, führt. Man erinnert sich noch gut an die Debatte um den »défi américain« Mitte der 60er Jahre – und ebenso gut daran, daß wenige Jahre später nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems 1971 davon keine Rede mehr war.

Die wirksamsten Angleichungstendenzen in der kapitalistischen Weltwirtschaft aber werden durch die in den 60er Jahren beginnende und in den 70er Jahren beschleunigte Internationalisierung des Kredits (des zinstragenden Kapitals) in Gang gesetzt. Angesichts der fast vollkommenen Mobilität des Kapitals in Geldform werden die Ungleichmäßigkeiten und Ungleichzeitigkeiten der Verwertung in verschiedenen Ländern ausgenutzt und dabei tendenziell beseitigt. Die Produktionsmethoden werden immer ähnlicher, die Konsummuster international weitgehend standardisiert, die Lebensformen der Menschen angeglichen. Auch die Rezessionen und Krisen verallgemeinern sich jetzt; sie bleiben nicht national begrenzt, sondern werden zu Rezessionen oder Krisen des Weltmarktes insgesamt. Für die Bundesrepublik jedenfalls war die Krisenlösung noch 1967 ein erfolgreich durchexerziertes Beispiel für die Erzeugung eines Inlandsbooms durch eine Exportoffensive bei expandierendem Weltmarkt. In den 70er Jahren wird von Präsident Carter die »Lokomotivtheorie« bemüht, um von der BRD eine expansive Wirtschaftspolitik zu verlangen, mit der der ökonomische Geleitzug insgesamt in Gang gebracht werden soll. Da das Konjunkturgefälle nicht mehr existiert, soll es eben durch politische Anstrengungen erzeugt werden. Die Theorie bleibt blaß und grau und als zu Beginn der 80er Jahre die »Union de la gauche« in Frankreich ein Expansionsprogramm auflegt, da geht diese Strategie auf Kosten der französischen Währung, als nämlich die westdeutschen Exporteure von der unerhofften Nachfragesteigerung des Nachbarn profitieren und damit zum Scheitern des einzigen Versuchs eines nationalstaatlichen Keynesianismus seit Ausbruch der strukturellen Krise beitragen.

Drittens gelingen die Exportoffensiven der westdeutschen Unternehmen nicht zuletzt wegen der strukturellen Unterbewertung der DM im Vergleich zu den anderen Währungen. Dieser Sachverhalt ist für die dynamischen Zuwachsraten westdeutscher Exporte in den 50er Jahren mitverantwortlich. Nach Herstellung der Währungskonvertibilität Ende der 50er Jahre aber wird er zu einem Faktor der Destabilisierung der Devisenmärkte. Die Konvertibilität eröffnet ja dem privaten zinstragenden Kapital die freie Bewegung über die Grenzen und daher die Ausnutzung von Renditedifferenzen und erwarteten Veränderungen der Wechselkursrelationen. Die DM wird wegen der überschüssigen Handelsbilanz zu einer gefragten Währung, andere Währungen geraten spiegelbildlich dazu unter Abwertungsdruck, insbesondere das Pfund Sterling, der französische Franc und später auch die Leitwährung Dollar. Die trans- und internationalen Geldkapitalbewegungen werden in den 60er Jahren immer heftiger und entziehen sich mehr und mehr der politischen Regulierung. Dies wäre nicht bedeutsam, folgten private Geldkapitalbewegungen der gleichen Logik wie die von den Zentralbanken eingesetzte offizielle Liquidität. Bis in die 70er Jahre ist die DM unterbewertet und wegen der daher naheliegenden Aufwertungserwartung wird sie zu einer beliebten Anlagewährung; die DM wird in Westeuropa hegemoniale Währung und global eine Reservewährung neben dem US-Dollar.

»Modell Deutschland« – Der Tagtraum von der modernisierten Ökonomie

Das neo-merkantilistische Exportmodell der Bundesrepublik Deutschland, gestützt auf disziplinierte Lohnpolitik, eine unterbewertete Währung und eine an die Weltmarktnachfrage bestens angepaßte Produktpalette, geriet an selbsterrichtete Grenzen. Diese kündigten sich nicht nur mit destabilisierenden internationalen Finanzströmen an, die jede nationalstaatliche keynesianische Politik verunmöglichten – daher auch die Passage vom Keynesianismus zum Monetarismus zu Beginn der 70er Jahre –, sondern auch mit einer zumindest partiellen Erosion der Lohndisziplin und der Aufwertung der DM noch im System fixierter Kurse und erst recht nach Freigabe der Wechselkurse 1971 und 1973.

Die Lohndisziplin erhielt einen Schlag im Herbst 1969, als die Arbeiter in vielen Betrieben in spontane Streiks traten. Die Erschütterungen des Mai 1968 in Frankreich und des »autunno caldo« in Italien waren also auch in der sozial stabilen BRD noch bemerkbar. Für die Gewerkschaften waren die spontanen Arbeitsniederlegungen ein Schock, auf den sie mit heftigen Lohnforderungen für die kommende Tarifrunde reagierten. 1970 jedenfalls wurde das Jahr mit den höchsten Geld- und Reallohnsteigerungen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Unterbewertung der DM wurde schon im Rahmen des Systems fixierter Wechselkurse durch eine Miniaufwertung 1961 und mehrere Aufwertungen der DM (bzw. Abwertungen der britischen und französischen Währungen) seit 1966 partiell korrigiert. Während der »Schlange im Tunnel«, d.h. dem Floating europäischer Währungen bei fixiertem Dollarkurs nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods,

war der Aufwertungsdruck schon so stark, daß nach der Freigabe der Kurse im März 1973 die DM bis zum Juli 1973 eine Aufwertung gegenüber den anderen Währungen von im Durchschnitt mehr als 20 vH erfuhr. Das Ende des Weltwährungssystems von Bretton Woods hat das wirtschaftspolitische Gewicht der Bundesbank gesteigert. Mit der Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Dollars zu festen Kursen wurde der Spielraum der Bundesbank ausgeweitet, insbesondere waren jetzt die Möglichkeiten der Steuerung der Zentralbankgeldmenge gestiegen. Als erste Notenbank der Welt gab die Bundesbank öffentlich Geldmengenziele vor und bekannte sich damit zur Verfechterin eines monetaristischen Politikkonzepts. Der Anti-Inflationstrategie wurde mit dem Wechselkursinstrument eine bessere Grundlage, als sie bei fixierten Kursen existierte, verschafft. War nämlich bislang die Festsetzung der Wechselkurse Sache der offiziellen Verlautbarungen von Regierungen im Rahmen des IWF gewesen und beschränkte sich – nach dem Bundesbankgesetz – das Instrumentarium der Bundesbank auf die Geldpolitik, so änderte sich mit dem Übergang zum Floating die Situation. Den Wechselkurs bestimmen jetzt in erster Linie die privaten Akteure der Devisenmärkte, dann aber auch die Zins- und Geldpolitiken der Zentralbanken. Mit der Verlagerung der Kompetenz, den Wechselkurs zu beeinflussen, auf die Bundesbank, wurde diese zu einer zentralen Schaltgröße der Wirtschaftspolitik. Das strikte Verfolgen des (Preis-) Stabilitätsziels setzt seither jeder beschäftigungsorientierten Politik eine Grenze. Der neue Spielraum wurde von der Bundesbank im übrigen auch umgehend genutzt. Die von der OPEC durchgesetzten Preiserhöhungen für Rohöl wurden von der Bundesbank als gestiegene Ansprüche an das Sozialprodukt interpretiert, die nur durch einen Einkommensverzicht interner ökonomischer Akteure befriedigt werden könnten. Ab Sommer 1973 leitete sie eine drastische Verknappung der Geldmenge und eine Erhöhung der Leitzinsen ein, die den Kreditschöpfungsspielraum des privaten Bankensystems einengten – eine klassisch prozyklische Medizin, die den Lohnerhöhungsspielraum der Gewerkschaften einschränkte, allerdings auch dazu beitrug, die Inflationsrate im internationalen Vergleich auf ein sehr niedriges Niveau zu senken.

Die Aufwertung der Währung ist während der gesamten siebziger Jahre ein Beleg dafür, daß die westdeutsche Wirtschaft im Vergleich zu den anderen Ökonomien in der Weltwirtschaft noch gut mit der Krise zurechtkommt. Im Gegensatz zu den unmittelbaren Erwartungen resultiert die Aufwertung noch nicht einmal in einer für die Konkurrenzposition auf heiß umkämpften Exportmärkten nachteiligen Verteuerung der Exportprodukte. Denn inzwischen haben sich sowohl auf dem Weltmarkt als auch in der westdeutschen Gesellschaft selbst einige wichtige Strukturveränderungen ergeben: Die Steigerung des Erdölpreises führt zu einer Verteuerung der Inputpreise gerade in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die in den Jahrzehnten zuvor einen höchstgradig energieintensiven Wachstumstyp realisiert haben. In dieser Situation jedoch kommt die BRD gerade wegen der Aufwertung der Währung gegenüber dem US-Dollar, mit dem dieser Rohstoff fakturiert wird, gut weg; die Preissteigerung des Erdöls wird zu einem Teil über den Wechselkurs abgefangen. Zeitweise sinkt sogar der reale Erdölimportpreis für die BRD. Dadurch können die inflationistischen An-

stöße abgefedert werden, die in konkurrierenden Ländern in dieser Phase zweistellige Inflationsraten zur Folge haben. Mit anderen Worten: Ein Ereignis, das für die meisten Länder ein krisenverschärfender Schock ist, wird in der BRD aufgrund der – von der Bundesbank unterstützten – Aufwertung der Währung gegenüber dem US-Dollar noch in eine Ressource des heftiger gewordenen Konkurrenzkampfes gewendet. Allerdings setzt dies im Innern der Gesellschaft Stabilität voraus, soziale Beziehungen also, die sich der Exportorientierung unter den neuen Bedingungen des stagnierenden Weltmarkts, gestiegener Erdölpreise und einer bedeutsam aufgewerteten Währung anpassen. Das »Modell Deutschland«, 1976 als Wahlkampfparole der Schmidt-Regierung erfolgreich propagiert, stellt sich nach dem kleinen »Schock« am Ende der sechziger Jahre (Studentenbewegung, spontane Streiks) als wirkungsvoller Mechanismus der innergesellschaftlichen Anpassung an geänderte Weltmarktkonstellationen heraus. Es ist die Faszination, die eine sozial stabile Gesellschaft in der ökonomischen Krise ausübt, die in den Sozialwissenschaften nun den Boom der Korporatismus-Forschung entfacht: Obwohl die »Konzertierte Aktion« von Staat, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften nicht wie von den Initiatoren gewünscht funktioniert und von den Gewerkschaften aufgrund des Unternehmerverhaltens in der Frage eines neuen Mitbestimmungsgesetzes 1976 aufgekündigt wird, entsteht in der Krise trotz oder sogar wegen der strukturellen Arbeitslosigkeit ein stabiler Sozialpakt. Dieser macht es möglich, daß Branchenkrisen und produktionstechnologische Umstellungen weitgehend konfliktfrei bewältigt werden können. Diejenigen, die aus dem Beschäftigungssystem herausfallen und marginalisiert werden, bekommen dieses »Schicksal« mit monetären Abfindungen zunächst »versüßt«: massenhafte Entlassungen und Betriebsstillegungen werden in der Regel mit Sozialplänen abgefedert. Das sozialdemokratische Projekt des »Modell Deutschland« ist von der Reformära der Brandt-Regierung nach 1969 in vieler Hinsicht zu unterscheiden. Es werden nun nicht mehr die Gratifikationen des ungestümen Wachstums gerechter verteilt und lang aufgeschobene Reformprojekte in Angriff genommen. Vielmehr wird der Versuch gemacht, durch »Modernisierung der Volkswirtschaft« strukturpolitisch Bedingungen für einen erneuten Wachstumsschub zu erzeugen. Die Schäden, die Kosten und Leiden der Modernisierung im Sinne einer effizienten Anpassung an die Erfordernisse der Weltmarktkonkurrenz werden monetarisiert, die Betroffenen und oppositionellen Interessen mit Abfindungen pazifiziert. Insofern ist das »korporatistische« Modell der BRD »inkludent«. Wo diese Pazifizierung nicht gelingen kann, ist es »exkludent«. Da setzt in diesen Jahren der korporatistischen Modernisierung die Repression ein; auf die Berufsverbote der Brandt-Ära nach dem Januar 1972 folgt der »deutsche Herbst« des Jahres 1977.

Am Ende des langen Nachkriegszyklus: Die große Krise

Das »Modell Deutschland« ist nicht für die Ewigkeit gezimmert; es stößt an eine Schranke, als ab 1979 – verstärkt durch die Preissteigerungen der zweiten »Ölkrise« – die Weltkonjunktur erneut abbricht. Wenig später bringt ein nach dem Zweiten

Weltkrieg außerordentliches Ereignis zu Bewußtsein, daß nicht nur die Währungsbeziehungen sondern auch die globalen Kreditbeziehungen prekär sind: Mexico kann im August 1982 seine Schulden nicht mehr bedienen und Brasilien gerät im November desselben Jahres in die gleiche Lage. Dies ist die Ouvertüre zur Verschuldungskrise der Dritten Welt. Die Kreditgeber werden nun gezwungen, ihr Risiko neu zu kalkulieren und folglich erhöhen sich die Zinsen beträchtlich. Diese Tendenz wird durch die Politik der USA befördert: Um den Absturz des Dollars von seinem Podest als Weltgeld zu verhindern, werden auch die Leitzinsen in den USA drastisch angehoben. Die Weltmarktkrise der 70er Jahre tritt zu Beginn der 80er Jahre eine neue Etappe an. Es wird nun eine doppelte »Entkoppelung« ökonomisch wirksam: Die Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung einerseits und die Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation andererseits.

Anders als in den Jahrzehnten zuvor werden seit Beginn der 70er Jahre in der BRD die Steigerungen der Arbeitsproduktivität (im Durchschnitt der Jahre 1974-83 2,9 Prozent) nicht mehr durch entsprechende Wachstumsraten des Output (im gleichen Zeitraum 1,8 Prozent per Jahr) wettgemacht, so daß die produktivitätsbedingten Freisetzungen von Arbeitskräften nicht mehr kompensiert werden. Strukturelle Arbeitslosigkeit ist die Folge. In der BRD überschreitet die Arbeitslosigkeit Mitte der siebziger Jahre wieder die Millionengrenze, und seit Anfang der achtziger Jahre werden regelmäßig mehr als zwei Millionen Arbeitslose gezählt. Dem »trade off« zwischen sozialem Frieden und sicheren Arbeitsplätzen (im Sinne von Willy Brandt, der 1969 sagte, daß zwar niemand einen garantierten Anspruch auf *seinen*, wohl aber auf *einen* Arbeitsplatz habe) wird durch die ökonomische Entwicklung der materielle Boden entzogen. Und dennoch kommt es nicht zu einer Untergrabung der Legitimationsgrundlage des Systems. Das haben sich selbst die Legitimationstheoretiker aus der Frankfurter Schule nicht vorstellen können, sind sie doch immer davon ausgegangen, daß der spätkapitalistische Staat Massenarbeitslosigkeit vermeiden könne und müsse, auch um den Preis der Transformierung der ökonomischen in die Legitimationskrise, der der Staat mit den ihm eigenen Ressourcen besser beikommen können als eben der Massenarbeitslosigkeit.

Es handelt sich Mitte der siebziger Jahre nicht mehr – wie noch 1966/67 – um eine Anpassungskrise, die auf die ökonomische Sphäre beschränkt werden kann, sondern um einen strukturellen Bruch, der sich ökonomisch in der »doppelten Entkoppelung« manifestiert und gleichzeitig weitreichende soziale, politische und ideologische Folgen zeitigt. Wie stark die ökonomischen Zwänge dieser Krise auf die Politik wirkten, läßt sich an den Maßnahmen der Regierung Schmidt demonstrieren: Unmittelbar nach dem Ausbruch der Krise wurde diese ganz im Paradigma der »Ölkrise«, an der die »Ölscheichs« schuld seien, interpretiert. Das kapitalistische System schien »gesund«, nur die »exogenen« Schocks haben es zum Vibrieren gebracht. Die neoliberal/neoklassisch/monetaristisch argumentierenden Wirtschaftswissenschaftler und -politiker konnten sich sowieso nicht vorstellen, daß die »Marktwirtschaft« aus sich heraus, also endogen, Krisen erzeugen sollte. Es kam nach deren Argumentationsfigur alles darauf an, die marktwirtschaftliche Verarbeitungskapazität exogener

Schocks zu erhöhen, im wesentlichen durch eine Verbesserung der Parameter, die die Investitionsentscheidungen bestimmten; der Gewinne also. So weit war damals die Politik aber noch nicht. Daher wurde 1974/75 der Versuch gemacht, auf die Investitionsschwäche mit einem Investitionsprogramm (1974) zu reagieren, das ganz von den Erfahrungen von 1967 her konzipiert war: Eine staatliche Investitionssubvention sollte den Investitionsprozeß in Gang bringen. Aus den dann resultierenden Steigerungen der Einkommen und den damit einhergehenden Steuermehreinnahmen hoffte man, das Investitionsprogramm refinanzieren zu können. Doch die keynesianische Rechnung war ohne den Wirt der kapitalistischen Marktkräfte gemacht: Die Unternehmer nahmen die Investitionssubventionen gern mit, indem sie Investitionen vorzogen, die sie sowieso hätten realisieren müssen. Aber sie schufen keine neuen Arbeitsplätze, weil auch damals schon die neuen Investitionen vor allem der Rationalisierung dienten. Der Effekt dieses Programms war also nicht nur gleich Null, sondern kläglich negativ. Im Sommer 1975 schwenkte die Schmidt-Regierung auf Austerity-Kurs ein und legte das Haushaltsstrukturgesetz vor, das wesentliche Einsparungen im Sozialetat verfügte. Das Richtfest zum Umbau des Sozialstaats durch selektiven Abbau war gefeiert; der Umbau geht bis in die unmittelbare Gegenwart nach stetig wechselnden Plänen weiter. Der umbaute Raum, d.h. der Bereich des Sozialstaats, wird dabei kleiner und kleiner.

Die Austerity-Politik in der BRD beginnt also keineswegs erst mit der »Wende« zur Regierung Kohl, sondern bereits ein Jahr nach dem Regierungswechsel von Brandt zu Schmidt. Freilich konnte auch mit einem staatlich vermittelten Druck auf die Transfer- und Masseneinkommen keine Lösung für die Strukturprobleme gefunden werden. Der Grund: Auf Probleme der großen Krisen kann sinnvollerweise nicht mit Maßnahmen geantwortet werden, die allenfalls der »kleinen Krise« des keynesianischen Regulierungstyps angemessen sind. In gewisser Hinsicht am (markt-) radikalsten wurde diese Einsicht von der Bundesbank vertreten, die aus ihrer Ablehnung kurzfristiger keynesianischer Konjunkturprogramme keinen Hehl machte und eisern auf einer Politik der »Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos« beharrte, die sie mit ihren Mitteln, dem monetaristischen Konzept der potentialorientierten Geldmengensteuerung umzusetzen mußte.

Die Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung ist der Ausdruck der neuen Unternehmensstrategien am Ende des langen Nachkriegszyklus: das Investitionsverhalten verändert sich ebenso wie die Investitionsstruktur. *Erstens* nimmt – gemessen am Sozialprodukt – die Bruttoinvestitionsquote langfristig ab. Diese Tendenz läßt sich für fast alle hochentwickelten kapitalistischen Länder belegen. *Zweitens* steigt der Anteil der Ersatzinvestitionen (= Abschreibungen) an den Bruttoinvestitionen, und zwar mit der Zunahme des in Produktionsmitteln gebundenen Kapitals (Kapitalstock). Das Gewicht des Kapitalstocks wird also größer und drückt dadurch die Akkumulationsrate (Nettoinvestitionen im Verhältnis zum Kapitalstock). *Drittens* sinkt der Anteil der Nettoinvestitionen der Unternehmen an den Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ein grober Indikator für die Akkumulationsquote), da vor allem der Teil des Profits, der in Geldanlagen fließt, zugenommen hat. Während

im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1976 noch 69 Prozent der Profite produktiv investiert wurden, sind es im Zeitraum 1976 bis 1982 nur noch 42 und 1983 sogar nur 30 Prozent. *Viertens* schließlich überwiegt seit Beginn der großen Krise das Rationalisierungsmotiv die Erweiterungsabsicht, so daß dann mit den schließlich doch durchgeführten Investitionsprojekten Arbeitsplätze eher abgeschafft als geschaffen werden. Diese Tendenz wird durch keine gegenläufige Entwicklung, in deren Verlauf die Beschäftigung wieder ausgedehnt werden könnte, konterkariert. Selbst die gewerkschaftliche Politik der Arbeitszeitverkürzung kann diese Entwicklung nicht umkehren. Die hohe Arbeitslosigkeit in der BRD kann – möglicherweise im Unterschied zu anderen Ländern – als Ausdruck erfolgreicher Anpassungsstrategien der Unternehmen an die Krise gedeutet werden – jedenfalls solange die Arbeitslosigkeit politisch und sozial verkräftet wird. Der Machtwechsel 1982 hat hier insoweit Entlastung gebracht, als sich nun eher als unter der an ihre Tradition gebundenen Sozialdemokratie der Staat den »Legitimationszwängen entwinden« und den Status der Arbeitslosigkeit zum individuellen und privaten Geschick definieren konnte, für das jeder selbst verantwortlich zeichne. Den Unternehmen ist dadurch der Rücken für Rationalisierungs- und andere Anpassungsmaßnahmen an die internationale Konkurrenz freigemacht. Bei politischer Rücksichtnahme auf das Beschäftigungsziel wären sie nicht so stromlinienförmig leicht durchführbar gewesen. Andererseits hat diese Strategie eine Art »Zwei-Drittel-Gesellschaft« hervorgebracht: mit zwei Dritteln der »haves« und einem Drittel der »haves not«, so daß das Damoklesschwert von sozialen Konflikten, die sich auf die Konkurrenzposition konterproduktiv auswirken könnten, immer noch droht, auch wenn das Band, an dem es hängt, fest zu sein scheint. Dies ist auch einer der Gründe dafür, daß das westdeutsche Kapital gegenüber der »konservativen Wende« durchaus gespalten ist und auch innerhalb der CDU den marktorthodoxen »hardlinern« sozial orientierte »Modernisierer« gegenüberstehen.

Die BRD als (heimliche) regionale Hegemonialmacht

Bis Anfang der siebziger Jahre war das bundesdeutsche Kapital »Spezialist« für den Export von Warenkapital. Die über einen langen Zeitraum angehaltene Unterbewertung der D-Mark im Fixkurssystem von Bretton Woods hat zum Aufbau eines im internationalen Vergleich hypertrophen industriellen Sektors geführt, dessen Output die interne Nachfrage bei weitem überstieg. Der durch das stabile System industrieller Beziehungen gewährleistete soziale Frieden und das Qualifikationsniveau der deutschen Arbeiterschaft sowie deren Bereitschaft, sich technologische Umstrukturierungen der Arbeitsprozesse monetär entgelten zu lassen, haben bis dahin per Saldo das ausländische Kapital zu mehr Direktinvestitionen in die Bundesrepublik gelockt als umgekehrt inländisches Kapital veranlaßt, in Gestalt von Firmenkäufen, Beteiligungen oder Neugründungen ins Ausland zu gehen. Die BRD war als Absatzmarkt, aber auch als Standort von höchster Attraktivität. Gemessen an dem strukturellen Überschuß der Handelsbilanz war die Zurückhaltung der deutschen Unternehmen durch-

aus erstaunlich; schließlich hätte es nahegelegen, die auf den internationalen Märkten erlösten Devisen zur Finanzierung internationaler Investitionen zu verwenden. Die Folge davon war freilich, daß die Bundesbank hohe Devisenreserven aufbauen konnte, die wiederum das Gewicht der DM erhöhen, also die Aufwertungstendenzen verstärkten. Verändert hat sich die Situation erst, als im Zuge der großen Krise von 1974/75 inländische Investitionen verringert wurden und zugleich die bundesdeutschen Direktinvestitionen im Ausland sprunghaft von unter 5 Mrd. DM 1974 auf über 6 Mrd. DM im Jahr 1975 zunahm. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wurde die BRD 1975 zum Nettoexporteur langfristigen Kapitals (Direktinvestitionen plus Portfolioinvestitionen). Ende 1985 übertraf das bundesdeutsche Unternehmensvermögen im Ausland das von Ausländern in der Bundesrepublik gehaltene Unternehmensvermögen bereits um über 50 Mrd. D-Mark. Damit konnte innerhalb eines Jahrzehnts der Bestand an Direktinvestitionen verdreifacht werden. Allerdings ist in Rechnung zu stellen, daß die Aufwertung der DM bis etwa 1980 die Steigerung in Fremdwährung mindert und die Abwertung gegenüber dem Dollar in den nachfolgenden Jahren die Bestände in Dollarwährung ausgedrückt vergrößert.

Für diese Entwicklung mögen die Unsicherheiten auf den Devisenmärkten mit ihren erratischen Schwankungen der Wechselkurse eine Rolle gespielt haben; diese zu umgehen ist zu einem neuen und wichtigen Kriterium für Standortentscheidungen der Unternehmen geworden. Insbesondere in den Jahren 1978 und 1979, in denen jeweils mehr als ein Drittel aller bundesdeutschen Direktinvestitionen in die USA flossen, dürfte auch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar von Bedeutung gewesen sein. Beteiligungen im Dollarraum wurden infolge der günstigen Angebotspreise bei Vorortproduktion höchst rentabel. Letztlich entscheidend dürfte aber gewesen sein, die Warenexporte im Umfeld sich zuspitzender internationaler Konkurrenz um gering wachsende oder gar stagnierende Märkte abzusichern und die Vorteile marktnaher Produktionsstandorte zu nutzen. Diese Vermutung kann sich auf den überwiegend komplementären Charakter der bundesdeutschen Direktinvestitionen sowie auf deren regionale und sektorale Struktur stützen. An der Spitze der Branchen, die ihr ausländisches Engagement ausweiten, stehen die traditionellen Exportsektoren. Zu nennen sind zuvörderst die Chemische Industrie und die Elektrotechnik sowie die Fahrzeugindustrie, die zwischen 1976 und 1985 ihre ausländischen Beteiligungen um fast 40 Mrd. D-Mark steigerten. Eine regionale Auffächerung zeigt, daß der überwiegende Teil der Direktinvestitionen in die entwickelten kapitalistischen Länder fließt, wo auch die deutschen Exporteure ihre wichtigsten und größten Märkte haben. Die USA sind dabei besonders bedeutsam: Im Zeitraum 1976 bis 1985 wurden dort die bundesdeutschen Direktinvestitionen von 7 auf 45 Mrd. D-Mark ausgeweitet. Vergleichsweise gering macht sich demgegenüber der Zuwachs in den Ländern der Dritten Welt aus, die vom bundesdeutschen »Kapitalsegen« im gleichen Zeitraum gerade einmal 11 Mrd. D-Mark abbekommen haben.

Manche Sektoren freilich geben den Standort BRD auf und verlagern zumindest einen Teil der Produktion ins Ausland, um dann von dort die internationalen Märkte, aber auch den nationalen Markt, zu beliefern. Solche substitutiven Direktinvestitionen

werden vor allem von arbeitsintensiven Branchen wie etwa der Textil- und Bekleidungsindustrie vorgenommen, die das Niedriglohniveau in Ländern der Dritten Welt zu nutzen versuchen, um durch die so zu erzielende Kosteneinsparung ihre Marktanteile behaupten zu können. Der Fordismus in seiner »blutigen Form« wird mit dieser Strategie der Auslagerung arbeitsintensiver Produktion in Länder, wo Löhne niedrig und die Rechte der Arbeiter inexistent sind, globalisiert. Allein im Textil- und Bekleidungsbranche der BRD verringerte sich zwischen 1960 und 1984 die Zahl der Erwerbstätigen um mehr als eine halbe Million – eine Größe, die manche Autoren zu der These veranlaßt, der Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Mitte der siebziger Jahre sei der Tendenz zu Produktionsverlagerungen geschuldet. Mag dieser Zusammenhang für das Bekleidungsbranche noch stimmig sein, so bietet bereits die Textilindustrie ein für die unternehmerischen Investitionstrategien im Kontext der großen Krise eher typisches Beispiel. Seit Anfang der siebziger Jahre wurden dort nämlich verstärkt Prozeßinnovationen eingeführt. Die ehemals arbeitsintensive verwandelt sich in eine kapitalintensive Branche, die im Vergleich mit der restlichen verarbeitenden Industrie überdurchschnittliche Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität zu erzielen vermag. Für die Entscheidungen über Produktionsverlagerungen spielen internationale Lohnkostenvergleiche sicherlich weiterhin eine Rolle. Mindestens ebenso bedeutsam ist aber der Ausnutzungsgrad des Produktivitätspotentials der zur Verfügung stehenden »neuen Technologien« und die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte.

Im Hinblick auf die Lohnstückkosten – die ja Lohnkosten und Produktivitätsentwicklung in Beziehung setzen – hat sich die BRD bis heute für den Unternehmenssektor als günstiger Standort erwiesen. Das Profil der bundesdeutschen Direktinvestitionen legt insgesamt sogar die Vermutung nahe, daß die Industrie seit den siebziger Jahren eine Transnationalisierungsstrategie eingeschlagen hat, die sich durch eine Kombination von Rationalisierungs- und Modernisierungsschritten im Inland und einer Verlagerung von Produktionslinien aus Marktnähe- und Kostengründen ins Ausland auszeichnet. Aus der Perspektive des Kapitals betrachtet war diese »Doppelstrategie« durchaus erfolgreich: Mit einem Exportvolumen von über 527 Mrd. DM (1987, Ursprungswerte, fob) strafen die BRD-Unternehmen mit ihren ökonomischen Erfolgen alle Unkereien über die verlustiggehende Konkurrenzfähigkeit des »Standorts« BRD Lügen. Zwar ging insbesondere anläßlich von Wahlen immer wieder einmal das Gespenst der »Kapitalflucht« durchs Land; angesichts der im internationalen Vergleich extrem günstigen Export-»performance« der bundesdeutschen Industrie blieben solche ideologischen Gefechte allerdings eher Randerscheinungen. Die Leistungsbilanz (Handelsbilanz plus Dienstleistungsbilanz plus Übertragungsbilanz) ist, nachdem die Folgen des zweiten »Erdölschocks« verdaut waren, seit 1982 überschüssig; der kumulierte Surplus beläuft sich von 1982 bis 1987 auf 267,8 Mrd. DM (zum Vergleich: die gesamten Ausgaben des Bundes im Jahre 1986 betragen 261,5 Mrd. DM).

Da die Weltwirtschaft wie ein System kommunizierender Röhren, also saldenmechanisch funktioniert, entsprechen den hohen Überschüssen der BRD Defizite der Handels- und Leistungsbilanz in anderen Ländern. Die USA sind es vor allem, die in den 80er Jahren zum »Weltmeister der Leistungsbilanzdefizite« werden. In den acht

Amts Jahren der Reagan-Administration summieren sich diese auf mehr als 820 Mrd. US \$. Die BRD profitiert also von der Dollaraufwertung und der Destabilisierung der Weltwirtschaft, die sich als eine notwendige Folge struktureller Überschüsse und Defizite der Leistungsbilanzen ergibt. Die Weltmarktintegration, die für viele Länder Probleme schafft und schmerzhaft Anpassungsprogramme erzwingt (insbesondere in den hochverschuldeten Ländern der Dritten Welt), erweist sich trotz des in den 80er Jahren grundlegend gewandelten globalen Ambiente als eine ökonomische und politische Ressource für die BRD. Angesichts der enormen Devisenzuflüsse ist es dem westdeutschen Kapital möglich, erstens die Direktinvestitionen drastisch zu steigern. In den acht Jahren von 1974 bis 1981 haben bundesdeutsche Unternehmen insgesamt 53,5 Mrd. DM im Ausland investiert, in den nachfolgenden fünf Jahren bis 1986 aber 61,1 Mrd. DM.

Zweitens werden auch Portfolioinvestitionen und andere vermögenswirksame Anlagen im Ausland sprunghaft ausgeweitet. Das Netto-Auslandsvermögen verdreifacht sich fast von 75 Mrd. DM Ende 1982 auf 265 Mrd. DM Ende 1987. Während noch im Dezember 1984 die Verbindlichkeiten der westdeutschen Kreditinstitute gegenüber dem Ausland die Forderungen mit 34 Mrd. DM übersteigen, sind Ende 1987 die Forderungen mit 25,2 Mrd. DM überschüssig. Die praktisch seit Bestehen der BRD fast ununterbrochenen Exporterfolge des westdeutschen Kapitals haben seit der »Wende« den Aufbau von Auslandsvermögen finanziert, das die Anlagen von Ausländern im Inland übersteigt, so daß inzwischen auch die Kapitalerträge westdeutscher Unternehmen mit 6,4 Mrd. DM im Jahre 1987 positiv sind.

Zwar nicht heimlich, still und leise, aber dennoch von der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen hat sich seit Mitte der siebziger Jahre ein ökonomischer Sektor daran gemacht, seine internationale Konkurrenzposition durch Transnationalisierung der Geschäftsaktivitäten zu befestigen: Der private Bankensektor. »Gemessen an den Direktinvestitionen deutscher Unternehmen«, schreibt der Sachverständigenrat, »waren die Kreditinstitute in den letzten zehn Jahren sogar die größte Investorengruppe im Ausland«. Dieser Transnationalisierungsprozeß des bundesdeutschen Bankensektors verweist zum einen auf die Absicht dieser Unternehmen, durch eine Steigerung der Zahl von Auslandsfilialen – mit Vorliebe an wichtigen Finanzplätzen wie London und New York sowie an den off-shore-Zentren – am wachsenden Volumen des internationalen Kreditgeschäftes partizipieren zu wollen; zum anderen ist er aber auch Ausdruck der gestärkten Rolle der D-Mark auf den internationalen Geld- und Kreditmärkten. Sicherlich sind die bundesdeutschen Banken auch in vielen Fällen der Exportwirtschaft und den Direktinvestitionen gefolgt, um das »banking« nicht an die ausländische Konkurrenz zu verlieren. Der eigentliche Kern der Bankenstrategie wäre aber verkannt, wenn die Transnationalisierung der Banken lediglich als Reaktion auf die Transnationalisierung der Produktionsprozesse gedeutet würde. Angemessener ist es, diesen Prozess als (verspätete) »Komplettierung« des bundesdeutschen Akkumulationsmodells zu interpretieren: die Rolle der BRD als regionale, monetäre Hegemonialmacht wird gefestigt und darüber hinaus wird damit die institutionelle Basis der schon mehrfach angedeuteten Strukturverschiebung kapitalistischer Akku-

mulation verkörpert: der Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation in der Weltwirtschaft.

Seit den frühen siebziger Jahren bewegten sich die Wachstumsraten der internationalen Kreditvergabe weit über den jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten des nominalen Welthandels sowie dem Durchschnitt der Sozialprodukte der entwickelten kapitalistischen Länder. Vom Warenhandel losgelöste Finanztransaktionen wurden von immer größerer Bedeutung. Das Volumen der Auslandsaktiva der Banken aus entwickelten kapitalistischen Ländern beispielsweise hat sich innerhalb von nur zehn Jahren auf 1 Billion US-Dollar im Jahr 1987 verzehnfacht. Unterstützung hat diese Ausweitung der Finanztransaktionen durch den Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems erfahren. Der Übergang zu einem System flexibler Kurse hat nämlich – entgegen den Erwartungen seiner monetaristischen Verfechter – keineswegs zu einer Stabilisierung der Wechselkurse geführt. Im Gegenteil, die Wechselkursschwankungen haben sich verstärkt und folglich sind spekulative Devisenmarktoperationen attraktiver geworden – bis zu dem Punkt, an dem sie wie im Falle Herstatt 1974 in die Pleite oder im Falle VW 1986 wegen illegaler Operationen in den Knast führten. Mit der einseitigen Aufhebung der Einlöseverpflichtung von Dollar in Gold durch die Nixon-Regierung 1971 hat darüber hinaus der US-Dollar seine im Bretton Woods System noch unangefochtene Weltgeldrolle verloren. Zwar ist es nach wie vor so, daß ein großer Teil des Welthandels in Dollar fakturiert und internationale Kreditverträge in US-Dollar abgeschlossen werden. Anders als noch in den sechziger und frühen siebziger Jahren fungiert der Dollar aber nicht länger als einziger monetärer »Wertspeicher«. Die »Wertaufbewahrungsfunktion« des Dollar als Weltgeld ist durch die extremen Kursschwankungen immer wieder in Frage gestellt worden – der (durchschnittliche, gewogene) Außenwert des Dollar sackt bis 1980 auf 83,6% des Werts von 1972 ab, um bis Mai 1985 auf 123,6% des Werts zu steigen und danach bis März 1988 wieder auf 76,8% zu fallen. Die Schwankungen gegenüber einzelnen Währungen wie dem Yen oder der DM sind noch größer, so daß mit dem Dollar konkurrierende Reservewährungen entstehen. Nicht zuletzt der anti-inflationäre Kurs der Bundesbank hat dazu geführt, daß die D-Mark und der Yen nach dem Dollar zu alternativen Weltreserve- und anlagewährungen geworden sind. Mit einem Anteil von 14 Prozent der Weltdevisenreserven nimmt die D-Mark Ende 1987 den zweiten Platz noch vor dem japanischen Yen ein, in dem etwa 6,5 Prozent der Weltdevisenreserven gehalten werden. Die Gesamtsumme aller von Ausländern gehaltenen und auf D-Mark lautenden verbrieften und nicht-verbrieften Finanzanlagen beläuft sich Ende 1987 nach Schätzungen der Bundesbank auf 650 Mrd. DM. An diesem Wachstum des »global banking« zu partizipieren, wurde zum unternehmerischen Credo der bundesdeutschen Banken. Die Filialgründungen und der Drang »nach draußen« in die freien Bankzonen von London bis zu den Bahamas beziehen daraus ihre Triebkraft. Konsequenzen aus dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems stellten sich allerdings auch für die staatliche Wirtschaftspolitik ein. Waren in den siebziger Jahren aufgrund der Überschubliquidity auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten die Defizite des Staatshaushalts noch leicht zu finanzieren, so bedurfte es seit den

frühen achtziger Jahren immer höherer (Real-) Zinsangebote, um das private Geldkapital ins Land zu locken. Dies ist eine unmittelbare Folge des ansteigenden internationalen Zinsniveaus. Nicht nur die Struktur- und Modernisierungspolitik sondern zunehmend auch die Zinspolitik werden zum Instrument im internationalen Konkurrenzkampf. Zwar konnte der aus der Krise der dreißiger Jahre bekannte internationale Abwertungswettbewerb bislang verhindert werden; der Preis dafür bestand aber in der allenthalben beklagten Zunahme protektionistischer Tendenzen und in einem internationalen Realzinswettbewerb, der in den späten siebziger Jahren eingeleitet wurde. Ausgehend von den USA kam es zu einer Steigerung der Zinsen, die ein nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gekanntes extrem hohes Niveau mit zeitweise mehr als 20% erreichten. Da gleichzeitig die Inflationsrate der 70er Jahre in den 80er Jahren in den Industrieländern abgebaut werden konnte (freilich um den Preis der Verdrängung der Inflation mit absurden Steigerungsraten von mehreren hundert Prozent pro Jahr in die Schuldnerländer), und von der Wechselkursbewegung keine kompensierenden Effekte zu erwarten waren, wurden beträchtliche Kapitalbewegungen induziert, die dem US-Dollar einen neuen Auftrieb gaben. Die Schuldenkrise verschärfte sich und die USA verwandelten sich mit ihrem exorbitanten Leistungsbilanzdefizit und den kompensierend zunehmenden Kapitalimporten in ein großes Schuldnerland mit Ende 1987 mehr als 400 Mrd. \$ Auslandsschulden.

Während insbesondere die Exportsektoren der BRD von der Abwertung der DM profitieren sollten, ergab sich für die Bundesbank und ihr Stabilitätsziel eine schwierige Situation. Hätte sie den Devisenzufluß einfach hingenommen, wäre der Exportmotor auf noch höhere Touren beschleunigt worden; allerdings hätte sich über die steigenden Importpreise – sofern die abwertungsbedingten Preiserhöhungen nicht durch den Preisverfall der Rohstoffe, einschließlich des Erdöls kompensiert worden wären – auch die Inflationsrate erhöht. Eine andere Handlungsoption wäre die Auflösung des Devisenschatzes gewesen, beispielsweise dadurch, daß mit im internationalen Vergleich niedrigen Realzinsen einerseits die inländischen Investitionen und damit die private Nachfrage und andererseits der Kapitalexport stimuliert worden wären. Im hochspekulativen Ambiente der frühen achtziger Jahre hätte allerdings die Gefahr bestanden, so überhaupt erst eine Spekulationswelle gegen die DM zu entfachen, gegen die dann auch die enormen Devisenreserven der Bundesbank machtlos gewesen wären. Wegen der Imponderabilien beider Strategien entschied sich die Bundesbank deshalb letztlich für einen rigiden Deflationskurs, der über hohe Nominal- wie Realzinssätze jeden weiteren Kapitalabfluß und damit Abwertungsverdacht zu unterbinden suchte. Die nicht gerade üppig bemessenen Zielkorridore der Zentralbankgeldmenge wurden von der Bundesbank systematisch unterschritten und die realen Zinssätze auf ein für produktive Investitionen fast strangulierendes Niveau erhöht. Kein Wunder, daß Unternehmen weltweit bei rationaler Rendite- und Risikoabwägung eher in Finanzanlagen als in produktive Anlagen zur Schaffung von Arbeitsplätzen investieren. Im Jahre 1984 sind die Zinseinnahmen der Aktiengesellschaften der westdeutschen Industrie zum ersten Mal in der Geschichte höher als die Zinskosten. Der Profit auf industrielles Kapital verliert gegenüber den Zinsen auf

zinstragendes Kapital an Bedeutung; der Kapitalismus wird zum »Kasino-Kapitalismus«, produktive und monetäre Akkumulation sind entkoppelt.

Die der Bundesbank prinzipiell offenstehende Option, mit Kapitalverkehrskontrollen den Kapitalabfluß aus dem DM-Raum zu bremsen, wurde erst überhaupt nicht in Betracht gezogen. Selbst wenn dieser – prinzipiell im «Stabilitätsgesetz» vorgesehene und im übrigen in der Vergangenheit temporär eingeschlagene – Weg beschritten worden wäre, hätte er vermutlich wenig Erfolg gezeitigt. Der Erfolg eines solchen Schrittes wäre wohl deshalb nicht groß gewesen, weil sich doch vor allem die ausländischen Besitzer von D-Mark-Anlagen provoziert gesehen hätten, mit ihrem Vermögen in andere Währungen zu gehen. Eine Abwertung der DM wiederum wollte die Bundesbank aber wegen der definierten Vorrangigkeit des Stabilitätsziels (Inflationsrate möglichst = Null) verhindern. Die Bundesbanker schwangen sich also auch auf das Zinskarussell und zogen ihre Leitzinsen kräftig an. In ihrer Geldpolitik blieben sie noch hinter den eng gesteckten Zielkorridoren zurück; ab 1981 erreichten die Zinssätze fast »exotische Spitzenwerte«.

Der Restriktionskurs der Bundesbank verengte den wirtschaftspolitischen Spielraum der sozialliberalen Bundesregierung auf ein Minimum. Die steil gestiegenen Zinssätze erhöhten darüber hinaus die Kosten der Neuverschuldung des Bundes und ließen den Zinsendienst rasch wachsen; 1974 machten die Zinsausgaben an allen öffentlichen Haushalten 3,9 % aus, 1982 schon 8,0 % und 1986 bereits 9,2 %. Die geringen expansiven Impulse, die von einigen verlegenen und halbherzig aufgelegten »Konjunkturprogrammen« ausgingen, wurden von der Restriktionspolitik der Bundesbank vollkommen neutralisiert.

Der bereits 1973 vollzogene Übergang der Währungskompetenzen von der Regierung auf die Bundesbank markiert aber auch eine Verschiebung der Macht- und Klassenkonstellationen. Dank des strikt an der Preisniveaustabilisierung orientierten Restriktionskurses der Bundesbank wurden die Interessen der nationalen wie internationalen Geldkapital- und Vermögensbesitzer gegenüber den Interessen der Lohnabhängigen, aber auch des industriellen Kapitals in den Vordergrund gerückt. Eine am Beschäftigungsziel orientierte staatliche Wirtschaftspolitik, das mußte jetzt gelernt werden, ist seither nur noch mit, aber nicht gegen die Bundesbank möglich – solange die Regeln nicht geändert werden. Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß die Strukturverschiebungen der Weltwirtschaft, an erster Stelle die Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation, es erlauben, die Kapitalinteressen über eine vergleichsweise lange Periode auch ohne eine adäquate Wachstumspolitik zu befriedigen, solange mit Hilfe der »finanziellen Strangulierung« aus den Schuldnern der Dritten Welt und den hochverschuldeten Sektoren in den Industrieländern genügend Werte herausgepreßt werden können. Am frühesten hat dies in der BRD die FDP erkannt, die spätestens mit der »Wende« zu CDU/CSU unverhohlen auf eine Umverteilung der Einkommen orientierte, um so ihre Klientel zu befriedigen. Von der Senkung der (bereinigten) Lohnquote auf das Niveau des Jahres 1960 konnte zwar auch das industrielle Kapital profitieren; den dicksten Brocken dieser Einkommensumverteilung konnten sich aber die Zins- und Dividendenbezieher aneignen.

DIE PROKLA Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

»Zum eigentümlichen Charme von PROKLA gehört, daß die Zeitschrift in fast schon altmodisch zu nennender Manier an einem linken Theorieanspruch festhält, der im Zeichen allgemeiner postmoderner Beliebigkeit unverzichtbarer ist denn je.«
(Hans-Martin Lohmann – Norddeutscher Rundfunk, 28. 4. 1988)

Die PROKLA ist eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge auch nach zwei Jahren noch lesenswert sind. Keine Tagesskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton: eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus.

Die Themen der kommenden Hefte

Das Ende der US-Hegemonie

PROKLA 74, März 1989

Das Erbe der Reagonomics / USA-Europa-Japan / US-amerikanische Gewerkschaften / Los Angeles auf dem Weg zum Postfordismus / Automobilindustrie / Gute Gründe für einen Antiamerikanismus / US-Militärstrategien zwischen Entspannung und Aggression / Was kommt nach dem Ende des US-Imperialismus? ...

EUROPA 1992

PROKLA 75, Juni 1989

Gemeinsame Währungspolitik oder das Diktat der DM? / Regenbogenkoalition im Europaparlament / BRD-Frankreich-Achse: Die Alternative zur NATO / Internationalisierung des Kapitals – Nationale Gewerkschaftspolitik: Eine Kontroverse / Eurozentrismus / Euromüll in die Dritte Welt / Migration und Rassismus ...

Die PROKLA wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« Sie ist finanziell unabhängig und erhält keinerlei Zuschüsse aus Geldwaschanlagen, öffentlichen Mitteln und dergleichen mehr. Daher ist sie auf die Unterstützung ihrer Leser angewiesen. **Abonnieren können Sie die PROKLA in jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlag.**

Ich abonniere die PROKLA. Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet mich jährlich statt 64 DM nur 52 (plus Porto). Mein Abo beginnt mit dem aktuellen Heft _____. Bei Einrichtung eines Abos erhalte ich drei bereits erschienene Hefte der freien Wahl (Nr. 30-49) kostenlos.

Ich bestelle folgende Hefte einzeln: _____

Unterschrift des Besteller: _____

Beim Abonnement ist mir bekannt, daß dieses erst wirksam wird, wenn ich es gegenüber dem **Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Str., 98, 1000 Berlin 30**, binnen einer Woche nicht schriftlich widerrufe, wobei zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Datum/Unterschrift _____

Lieferbare Ausgaben der PROKLA

- 50: Marx und Marxismus
- 51: Deutsche Farbenlehre
- 52: 50 Jahre danach...
- 53: »Das Leben geht weiter!«
- 54: Gewerkschaftsbewegung am Ende?
- 55: Neue Techniken
- 56: Ein zweiter CDU-Staat
- 57: Krise der Ökonomie –
Versagen der Krisentheorie
- 58: Klassen und Herrschaft
- 59: Weltwirtschaftstango
- 60: Jalta – eine Kontroverse
- 61: Linke und Demokratie
- 62: Experimentierfeld Arbeit
- 63: Geld
- 64: Gewerkschaft 2000
- 65: Wohlfahrtsstaat
- 66: Modell Japan
- 67: Ökologie und Ökonomie
- 68: Lokaler Staat

- 69: Ost-Europa
- 70: Intellektuelle
- 71: Weltmarkt
- 72: Marxismus ohne Marx

Name _____

Straße _____

Ort _____

Außerdem bitte ich Sie, mir Ihren Almanach »Das kleine Rotbuch« kostenlos zuzuschicken.

Ich habe zudem Interesse an dem Inhalts- und Autorenverzeichnis für die PROKLA Hefte 50-72, gegen 3 DM in Briefmarken.

Antwort

**Rotbuch Verlag
Potsdamer Str. 98**

1000 Berlin 30

Bitte
als
Postkarte
frankieren

Ein Schlaglicht auf die »neue« Form der Einkommenserzielung wirft die Entwicklung bundesdeutscher Wertpapieranlagen im Ausland. Im Zeitraum 1980 bis 1987 haben sich diese Anlagen von 39 auf 148 Mrd. DM fast vervierfacht; im gleichen Zeitraum konnten sich die aus diesen Anlagen resultierenden Zins- und Dividendenerträge nahezu versechsfachen. Allerdings ist in der BRD – anders als in Großbritannien in den 50er und 60er Jahren – im Zuge dieser Verschiebung kein offener Widerspruch zwischen industriellem und zinstragendem Kapital aufgebrochen. Vielmehr haben die industriellen Unternehmen die lukrativen monetären Verwertungsbedingungen für sich zu nutzen gewußt und sind selbst auf den internationalen Geld- und Finanzmärkten als Anleger aufgetreten. Auch die deutschen Banken haben von diesem Kasino-Kapitalismus profitieren können: Ihre Zinseinnahmen aus ans Ausland vergebenen Krediten und Darlehen haben von 20,3 Mrd. DM (1980) auf 32,8 Mrd. DM (1987) zugenommen.

Nicht selten werden Operationen dieser Art über die neugegründeten ausländischen Filialen abgewickelt, die sich ihrerseits im rasch breiter werdenden Markt der »finanziellen Innovationen« etablieren. In der Bundesrepublik selbst haben sich demgegenüber finanzielle Innovationen bislang nur wenig entfalten können. Insbesondere die Bundesbank und das in Berlin ansässige Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen achten sorgsam darauf, ihre Kontrolle über die Geld- und Finanzoperationen zu behalten. Im Rahmen der internationalen Konkurrenz um die Attrahierung anlage- und zinsuchenden Kapital ist aber abzusehen, daß schon in naher Zukunft – spätestens im Zuge der Herstellung des gemeinsamen europäischen Marktes 1992 – Regulationen abgebaut werden. Es ist so gesehen nur wenig übertrieben, wenn man feststellt, daß die seit Anfang der achtziger Jahre mit Vehemenz verfolgte Politik der Einkommensverteilung zu Lasten der Lohnabhängigen in wesentlichem Maße zu den gewachsenen Zinsansprüchen ans Sozialprodukt beigetragen haben. In welchem Maße mittlerweile diese Einkommensansprüche auch politisch anerkannt sind, hat erst in jüngster Zeit die von SPD-Enkel Lafontaine ausgelöste Debatte um eine adäquate Strategie zur Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsaufkommens gezeigt. Vehement wurde über die Frage eines möglichen Lohnverzichtes gestritten, aber das Thema einer steuerpolitisch gelenkten Umverteilung der Zins- zugunsten der Profit- und Lohneinkommen ist dabei nahezu vollständig ausgeblendet worden.

Im neueren Theorieverständnis versteht man unter einer Hegemonialmacht eine Nation, die Steuerungsfunktionen in der Weltwirtschaft übernimmt und, so etwa Charles Kindleberger, »Stabilität« als öffentliches Gut produziert. In diesem Sinne waren nach dem Zweiten Weltkrieg die USA eine klassische Hegemonialmacht, die ihr nationales Geld als Weltgeld in den internationalen Akkumulationsprozeß einführt und über einen großen Binnenmarkt zur Aufnahme ausländischer Exporte verfügt. Als die materielle Basis dieser Hegemonialstellung – insbesondere der Vorsprung in der Arbeitsproduktivität und der Technologie – erodierte, war die Hegemonialstellung nicht länger aufrechtzuerhalten. Anders als in der großen Krise der dreißiger Jahre stand allerdings kein hegemonialer Konkurrent bereit, der in der Lage gewesen wäre, die stabilisierende Rolle der USA für das globale Hegemonialsystem zu über-

nehmen. So bildet sich in den frühen achtziger Jahren der Tendenz nach eher eine Regionalisierung und arbeitsteilige Ausübung der Hegemonialfunktionen heraus: Japan und die BRD fungieren wesentlich als internationale Kreditgeber und die USA haben die politisch-militärische Führung inne. Diese hegemoniale Arbeitsteilung hat allerdings nur in beschränktem Maße Stabilität herzustellen gewußt; zwischen den (regionalen) Blöcken des kapitalistischen Weltmarks nimmt die Konkurrenz eher zu als ab, und die Formen, in denen sie ausgeübt wird (z.B. Protektionismus), haben langfristig eine für das System insgesamt erodierende Wirkung.

Die Regionalisierung der Weltwirtschaft läßt sich am deutlichsten auf dem Felde der Währungen aufzeigen, wo sich mittlerweile Yen-, D-Mark- und Dollarräume herausgebildet haben. Die jeweils stärkste Ökonomie gibt die Entwicklungsspielräume des gesamten Blocks vor – und kann auf diesem Wege die »seigniorage-Vorteile« dieser Position nutzen. Das Umfeld der DM-Zone wird durch das 1979 gegründete Europäische Währungssystem (EWS) umschrieben. Im Rahmen des EWS sind die verschiedenen Währungen durch fixe Kurse innerhalb bestimmter Schwankungsbreiten miteinander verbunden; nach außen allerdings sind die Kurse freigegeben. Dieses Fixkursystem hat für ein reibungsloses Funktionieren zur Voraussetzung, daß sich die Produktivitätsniveaus und die Lohnstückkosten angleichen und die Inflations- und Wachstumsraten der beteiligten Nationen keine größeren Divergenzen aufweisen. Kommt es zu solchen Abweichungen, dann sind Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse struktureller Art die Folge und das fixierte Kurssystem gerät unter Anpassungsdruck. Infolge der rigiden Anti-Inflationspolitik der Bundesbank und der stetigen Leistungsbilanzüberschüsse der BRD in den achtziger Jahren ist es auch zu mehreren Anpassungen der Leitkurse gekommen. Weil aber vor allem die Bundesbank nicht bereit war, ihre Strategie einer stabilitätsorientierten Unterbewertungspolitik innerhalb des EWS aufzugeben und die Leistungsbilanzüberschüsse abzubauen, haben die seit 1979 erfolgten Abwertungen der anderen Mitgliedswährungen gegenüber der D-Mark an der tendenziellen Unterbewertung der D-Mark wenig zu ändern gewußt. Die Bundesrepublik setzt aufgrund ihrer ökonomischen Überlegenheit und mit ihrem rigide durchgehaltenen Restriktionskurs die Margen für die Wirtschaftspolitik der anderen Länder. In Europa bestimmt sie inzwischen Tempo und Richtung des Wachstums; Westeuropa, so könnte pointiert gesagt werden, ist ein »DM-Club« geworden. Die interne Begrenzung des Politikspielraums der Bundesregierung hat mithin eine außenwirtschaftliche Entsprechung: Der restriktive wirtschaftspolitische Kurs wird über den Kanal des EWS weitergeleitet und erzwingt in den Mitgliedsländern eine Anpassung der Wirtschaftspolitik.

Von Seiten der Bundesbank wird immer wieder betont, daß die DM gegen ihren Willen in die Rolle einer weltweit zweiten Reservewährung und einer regionalen Hegemonialwährung hineingewachsen und daß dies allein eine Konsequenz der Wirkungsweise der Marktkräfte sei. Richtig an einer solchen Einschätzung ist, daß das geld- und finanzpolitische Gewicht der Bundesrepublik in den achtziger Jahren kein bloß politisch-strategisches Resultat eines einzelnen Akteurs wie etwa der Bundesbank ist, sondern die internationale Stärke des bundesdeutschen Akkumulationsmodells widerspiegelt. Richtig ist aber auch, daß der seit der großen Krise von 1974/75 ein-

geschlagene restriktive wirtschaftspolitische Kurs wesentlich dazu beigetragen hat, die Stellung des BRD-Kapitals auf den Weltmärkten für Warenkapital, produktives und zinstragendes Kapital zu stärken und sogar auszubauen. Die für die Entwicklung der BRD-Gesellschaft bedeutsamen Interessenkoalitionen innerhalb des Systems der industriellen Beziehungen und politischen Institutionen haben bei allen Unterschieden doch gemeinsam, daß sie an der Weltmarktorientierung um nahezu jeden Preis festzuhalten entschlossen sind.

Der gesellschaftliche Preis für den Weltmarkterfolg ist nicht gering. Zu nennen sind an erster Stelle das – trotz des gleichzeitig betriebenen Exports von Arbeitslosigkeit – dauerhaft hohe Niveau an offiziell gemessener Arbeitslosigkeit und die Zergliederung der Gesellschaft, die mit dem Schlagwort der »Zwei-Drittel-Gesellschaft« nur ungenau beschrieben wird. Nicht unerwähnt bleiben sollten aber auch die heute allmählich als (alltägliche) Katastrophen aufscheinenden ökologischen Kosten des bundesdeutschen Über-Industrialisierungstyps. Doch das, was zählt, ist die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die Grundlage und Konsequenz einer starken DM. Das aus den Kriegszerstörungen auferstandene »Modell Deutschland« hat viel Bewunderung aus dem Ausland erfahren. Nicht zuletzt der außerordentliche ökonomische Erfolg dürfte dazu beigetragen haben, daß die moralische Schuld aus Faschismus und Holocaust zunächst im Inland, dann aber auch im Ausland verdrängt werden konnte. Besonders sichtbar wird dies in jüngster Zeit bei der Diskussion um eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Geht es vordergründig dabei um den möglichst schnellen und effizienten Aufbau eines Wirtschaftsblocks gegenüber Japan und den USA, so werden hinter den Kulissen des Europafiebers harte Auseinandersetzungen über die politisch-institutionelle Gestalt einer solchen WWU geführt. Stellen sich schon beim ersten Schritt eines europäischen Binnenmarktes die Probleme, welche nationalen sozialen und rechtlichen Standards zur Norm erhoben werden, so werfen die nächsten Schritte – gemeinsame europäische Währung und Zentralbank – erst die entscheidenden Konflikte auf. Würde nämlich einfach der status quo übernommen, dann wäre die heimliche Hegemonialmacht BRD bald offiziell in dieser Stellung inthronisiert. Wenn der Schritt zu einer gemeinsamen Währung und Zentralbank aus politischer Raison gemacht werden sollte, so Bundesbankpräsident Pöhl in einem Grundsatzartikel im »Wall Street Journal«, dann solle die Politik der Geldwertstabilisierung, d.h. die Restriktionslinie der Bundesbank, in der neu festzulegenden Satzung verbindlich festgeschrieben werden. Etwas weniger offen und durch die Blume formuliert es die Deutsche Bundesbank anläßlich des vierzigsten Geburtstag der Deutschen Mark: »Vierzig Jahre Geldpolitik in der Bundesrepublik, ausgehend vom Nullpunkt wirtschaftlicher Entwicklung bis zum heutigen Gewicht dieser Währung in der Welt, bieten einen Erfahrungsschatz, der in die Entwicklung eines einheitlichen Währungsraumes in Europa eingebracht werden sollte«. Diplomatisch, aber dennoch deutlich wird mit diesen Worten eine Vormachtstellung der BRD und ihrer geld- und währungspolitischen Zentralinstanz reklamiert. Kein Zweifel wird daran gelassen, daß die BRD an ihrer neomerkantilistischen Strategie auch innerhalb eines gemeinsamen Europa festzuhalten gedenkt.

In den vierzig Jahren seit dem historischen Datum des 22. Juni 1948 wurden die Karten zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern völlig neu gemischt. Die Verlierer des Zweiten Weltkrieges – Japan und die BRD – zählen zu den überragenden Gewinnern des »langen Weltmarktaufschwungs« nach dem Zweiten Weltkrieg. Und: beide bereiten sich auf Größeres vor. Die BRD bemüht sich um Ausbau und Festigung eines regionalen hegemonialen Blocks in Westeuropa, um so in der Konkurrenz mit den beiden großen ökonomischen Machtblöcken bestehen zu können. Am Anfang stand die »Gnade des von den Amerikanern geschenkten Geldes«, bevor diese Gnade noch mit der »geschenkten Nation« geweiht wurde. 40 Jahre später ist eine mittlere Hegemonialmacht mit diesem Geld dabei, wenn nicht die Welt so doch West-Europa unter ihr Regime zu bringen.

Literatur

Auch wenn auf direkte Literaturbezüge im Text verzichtet wurde, basieren die Ausführungen natürlich auf Materialien, aus deren Fülle eine Auswahl im Folgenden vorgestellt wird:

- Abelshäuser, W. (1983): *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Frankfurt
- Altvater, E./Hoffmann, J./Semmler, W. (1979): *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik*, Berlin.
- Altvater, E./Hübner, K./Stanger, M. (1983): *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus*, Opladen
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1976): *Währung und Wirtschaft in Deutschland, 1876-1975*, Frankfurt
- Glastetter, W./Paulert, R./Spörel, U. (1983): *Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik 1950-1980*, Frankfurt
- Herr, H./Westphal, A. (1988): *Europäisches Währungssystem: DM-Club oder demokratisches Westeuropa*, in: WSI-Mitteilungen, Heft 7
- Lutz, B. (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt
- Möller, H. (1961): *Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948*, Tübingen

Ute Schmidt Der restaurierte Pragmatismus Zur Neuformierung des deutschen Bürgertums nach 1945

Zusammenfassung: *Ute Schmidt analysiert die wichtigsten Traditionslinien und Parteikonzepte, die 1945 bei der Bildung der interkonfessionellen, bürgerlichen Massen- und Integrationspartei CDU/CSU eine Rolle spielten. Innerparteiliche Kräfteverhältnisse, Argumentationsrichtung und Tonlage in den gegenwärtigen Fraktionskämpfen der Union – etwa um die Modernisierung der Partei oder über neue Wahlstrategien – sind oft nur vor diesem parteihistorischen Hintergrund verständlich. Heute stellt sich die CDU/CSU gegenüber ihren politischen Gegnern als eine auf der Basis eines kohärenten christlichen Menschen- und Weltbildes integrierte "Volkspartei der Mitte" dar und nimmt auch die Tradition des christlich konservativen Widerstandes für sich in Anspruch. Charakteristisch für dieses Selbstbild ist jedoch, daß sämtliche Brüche, innerparteiliche Fronten und Ausgrenzungen ausgespart werden.*

Menschenbilder und Neuorientierungen

Fast triumphierend wies der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, in seiner Rede am 14. Juni 1988 auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden darauf hin, daß sich die Union im Gegensatz zur SPD auf ein geschlossenes Weltbild berufen könne. Gerade heute, angesichts der wachsenden ökonomischen, ökologischen und ethischen Probleme und der Krise des Fortschrittsdenkens brauche eine erfolgreiche und zukunftsorientierte Partei ein verbindliches sozialphilosophisch fundiertes Konzept als Orientierungsmaßstab. Für die Union sei dies das christliche Menschenbild, das trotz des rapiden Wertewandels in einer sich säkularisierenden Welt noch Signal, Hoffnung und Maßstab für eine zukunftsfähige Politik bieten könne. Dieser – vom katholischen Naturrechtsverständnis abgeleitete – religiös-ethische Entwurf stützt nicht nur einen anthropologischen Optimismus; der Bezug auf eine quasi objektive, außerhalb des Menschen stehende Größe (gemeint ist Gott) ist für die aus der christlich-sozialen Tradition stammenden Parteiideologen auch die einzige Gewähr dafür, daß der Mensch sich nicht selbst zum Maßstab aller Dinge erklärt. Erhard Eppler und die SPD hätten »in ihrem Irseer Programmentwurf einfach unrecht, wenn sie sagen, eine Partei könne und dürfe kein verbindliches Menschenbild haben, dies sei Privatsache... Wer ein verbindliches Menschenbild zur Privatsache erklärt und es als Voraussetzung für Politik ablehnt, nimmt jeder Gesellschaft und jedem Staat die Orientierung an der Würde des Menschen und seinen Rechten. Wer das Menschenbild zur Privatsache erklärt, macht den Menschen verfügbar und stürzt die Gesellschaft und den Staat in den Nihilismus der Willkür und Beliebigkeit.«¹

In diesen Formulierungen schlägt nicht nur ein Mißtrauen gegen Individualismus,